

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2020

Ausgegeben am 4. April 2020

Teil I

23. Bundesgesetz: 3. COVID-19-Gesetz

(NR: GP XXVII IA 402/A AB 115 S. 22. BR: AB 10291 S. 905.)

23. Bundesgesetz, mit dem das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Garantiegesetz 1977, das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz – WiEReG, das Zivildienstgesetz 1986, das KMU-Förderungsgesetz, das Bundesgesetz über die Errichtung eines Härtefallfonds, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungs-gesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz, das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das Einkommen-steuergesetz 1988, das Gebührengesetz 1957, das Finanzstrafgesetz, das Alkoholsteuer-gesetz, das Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichts-gesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge, das Schulzeitgesetz 1985, das Schulpflichtgesetz 1985, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Innovationsstiftung-Bildung-Gesetz, das Transparenzdatenbankgesetz 2012, das Telekommunikationsgesetz 2003, das ABBAG-Gesetz, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das COVID-19-FondsG, die Bundesabgabenordnung, das Bundesgesetz über die personellen Maßnahmen aufgrund der Modernisierung der Steuer- und Zollverwaltung, das Bundesgesetz über die Schaffung eines Amtes für Betrugsbekämpfung, das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz 2010, Artikel 91 des Finanz-Organisationsreformgesetzes, das Finanzstrafzusammenarbeitsgesetz, das Sanitätergesetz, das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, das MTD-Gesetz, das Psychotherapiegesetz, das Ärztegesetz 1998, das Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten, das Medizinproduktegesetz, das Arzneimittelgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Freiwilligengesetz, das Epidemiegesetz 1950, das COVID-19-Maßnahmengesetz und das Postmarktgesetz geändert sowie ein Bundesgesetz, mit dem eine Ermächtigung zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt wird, ein Bundesgesetz über hochschulrechtliche und studienförderungsrechtliche Sondervorschriften an Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, Einrichtungen zur Durchführung von Fachhochschul-Studiengängen und Fachhochschulen aufgrund von COVID-19 (COVID-19-Hochschulgesetz – C-HG), ein Bundesgesetz über das Inverkehrbringen von Mund-Nasen-Schnellmasken während der Corona COVID-19-Pandemie und ein Bundesgesetz über die Errichtung eines COVID-19-Schulveranstaltungsausfall-Härtefonds (COVID-19-Schulstornofonds-Gesetz) erlassen werden (3. COVID-19-Gesetz)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Finanzmarktaufsichtsbehördengesetzes

Das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz – FMABG, BGBl. I Nr. 97/2001, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019 wird wie folgt geändert:

1. Dem § 22 wird folgender Abs. 13 angefügt:

„(13) Soweit in den in § 2 Abs. 1 bis 4 genannten Gesetzen oder in einer aufgrund der genannten Gesetze erlassenen Verordnung Fristen für

1. Anzeige-, Melde-, Vorlage- und sonstige Einbringungspflichten,
2. Veröffentlichungen oder

3. sonstige Informationspflichten

geregelt sind, können diese auf begründeten Antrag durch die FMA verlängert werden. Soweit es dem Antragsteller zumutbar ist, ist der Antrag im Wege des elektronischen Verkehrs zu stellen. Sofern dies im Interesse der Finanzmarktstabilität oder der Verwaltungsökonomie zweckmäßig ist, kann die FMA auch ohne Antrag durch Verordnung bestimmte Fristen verlängern und nähere Bestimmungen zur Antragstellung vorsehen. Soweit in Unionsrechtsakten, für die die FMA gemäß den in § 2 Abs. 1 bis 4 genannten Gesetzen die zuständige Behörde ist, Fristen im Sinne des ersten Satzes geregelt sind, kann die FMA diese Fristen unter denselben Bedingungen durch Verordnung verlängern.“

2. Dem § 28 wird folgender Abs. 41 angefügt:

„(41) § 22 Abs. 13 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.“

Artikel 2

Änderung des Garantiesetzes 1977

Das Garantiesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 111/2010, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 1 Abs. 2 werden folgende Abs. 2a und 2b eingefügt:

„(2a) Der Bundesminister für Finanzen darf zwecks Erhaltung der Geschäftstätigkeit und Überbrückung eines vorübergehenden Liquiditätsengpasses von Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte im Inland im Zusammenhang mit der COVID-19-Krisensituation auch Verpflichtungen gemäß Abs. 1 übernehmen. Diese Verpflichtungen dürfen nur für Garantien, Ausfallsbürgschaften oder sonstige Sicherungsgeschäfte der Gesellschaft übernommen werden, die der Finanzierung eines Betriebsmittelbedarfes dienen, welcher aufgrund der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krisensituation erforderlich ist. Abs. 2 Z 2 ist nicht anzuwenden. Der Bundesminister für Finanzen wird für den Zeitraum von drei Monaten ermächtigt durch Verordnung den jeweils ausstehenden Gesamtbetrag an Kapital zuzüglich Zinsen und Kosten für die Übernahme von Verpflichtungen gemäß diesem Absatz festzulegen. Diese Verpflichtungen sind auf den Gesamtbetrag gemäß § 4 nicht anzurechnen.

(2b) Im Zusammenhang mit Maßnahmen des Bundes gemäß Abs. 2a ist § 3 nicht anzuwenden.“

2. In § 14a wird die Wortfolge „im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ “ durch „auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen“ ersetzt.

3. In § 14a entfällt der dritte Satz.

Artikel 3

Änderung des Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetzes

Das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz – WiReG, BGBl. I Nr. 136/2017, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 18 werden folgende Abs. 3 und 4 angefügt:

„(3) Die Fristen zur Meldung der Daten gemäß § 5 Abs. 1 sowie die Frist zur Androhung und Verhängung einer Zwangsstrafe gemäß § 16 Abs. 1 werden jeweils unterbrochen, wenn die Fristen mit Ablauf des 16. März 2020 noch nicht abgelaufen waren oder der Beginn des Fristenlaufs in die Zeit von 16. März 2020 bis zum Ablauf des 30. April 2020 fällt. Die genannten Fristen beginnen mit 1. Mai 2020 neu zu laufen.

(4) Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, durch Verordnung bis längstens 31. Dezember 2020

1. die in Abs. 3 angeordnete allgemeine Unterbrechung von Fristen zu verlängern oder weitere allgemeine Ausnahmen von der Unterbrechung vorzusehen, soweit dies zur Verhütung und Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 erforderlich ist;

2. weitere Bestimmungen vorzusehen, die den Einfluss der Maßnahmen, die zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 getroffen werden, auf den Lauf von Fristen und die Einhaltung von Terminen für anhängige oder noch anhängig zu machende ordentliche Rechtsmittelverfahren regeln. Er kann betreffend das ordentliche Rechtsmittelverfahren insbesondere die Unterbrechung, die Hemmung, die Verlängerung oder die Verkürzung von Fristen anordnen, Säumnisfolgen bei Nichteinhaltung von Terminen ausschließen sowie bestimmen, ob und auf welche Weise verfahrensrechtliche Rechtsnachteile, die durch die Versäumung von Fristen oder Terminen eintreten können, hintangehalten und bereits eingetretene wieder beseitigt werden. Dabei sind die Interessen an der Fortsetzung dieser Verfahren, insbesondere die Abwehr eines erheblichen und unwiederbringlichen Schadens von den Verfahrensparteien, einerseits und das Interesse der Allgemeinheit an der Verhütung und Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 sowie am Schutz der Aufrechterhaltung eines geordneten Verwaltungsbetriebes andererseits gegeneinander abzuwägen.“

2. Dem § 19 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(4) § 18 Abs. 3 und 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 treten mit Ablauf des Tages der Kundmachung des genannten Bundesgesetzes in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.“

Artikel 4

Änderung des Zivildienstgesetzes 1986

Das Zivildienstgesetz 1986 – ZDG, BGBl. Nr. 679/1986, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. In § 23a wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Der Zivildienstpflichtige, der einen außerordentlichen Zivildienst gemäß § 8a Abs. 6 im Anschluss an einen ordentlichen Zivildienst leistet, hat Anspruch auf zusätzliche Dienstfreistellung im Ausmaß von einem Arbeitstag pro Monat. Kommt eine Vereinbarung gemäß Abs. 3 nicht zustande, so gebührt dem Zivildienstleistenden die Dienstfreistellung am Ende des letzten Monats seiner Dienstleistung.“

2. In § 28 Abs. 6 entfällt die Wortfolge „§ 8a und“.

3. In § 28 Abs. 7 erster Satz wird die Wortfolge „kann sich für die administrative Abwicklung“ durch die Wortfolge „kann sich gegen angemessene Entschädigung für die administrative Abwicklung“ ersetzt.

4. In § 28 Abs. 7 wird folgender Satz angefügt:

„Anerkannte Rechtsträger sind Rechtsträger, die zumindest eine gemäß § 4 anerkannte Einrichtung aufweisen.“

5. In § 28 Abs. 8 erster Satz wird die Wortfolge „an andere anerkannte Rechtsträger“ durch die Wortfolge „anderen anerkannten Rechtsträgern oder deren Einrichtungen“ ersetzt.

6. § 28 Abs. 11 lautet:

„(11) Die Beiträge für Kranken- und Unfallversicherung im Umfang der nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz – ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, vorgesehenen Leistungen sind von dem mit der administrativen Abwicklung betrauten Rechtsträger zu entrichten und diesem vom Bund zu ersetzen. Der mit der administrativen Abwicklung betraute Rechtsträger gilt diesbezüglich als Dienstgeber im Sinne des § 33 ASVG.“

7. In § 76a idF BGBl. I Nr. 16/2020 erhält der bisherige Text die Absatzbezeichnung Abs. 1 und es wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) § 23a Abs. 6 und § 28 Abs. 6, Abs. 7 erster und dritter Satz, Abs. 8 erster Satz und Abs. 11 in der Fassung BGBl. I Nr. 23/2020 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft und mit 31.12.2020 außer Kraft.“

Artikel 5

Änderung des KMU-Förderungsgesetzes

Das KMU-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 432/1996 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

Nach § 7 Abs. 8 wird folgender Abs. 9 angefügt:

„(9) Die Abwicklungsstelle kann im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens für Überbrückungsgarantien den Vertrag über ihre Haftung (Garantieerklärung) dem Förderungsnehmer auch elektronisch übermitteln. Die Unterzeichnung dieser Garantieerklärung durch die Abwicklungsstelle kann in diesem Fall durch eine Nachbildung der eigenhändigen Unterschrift (Faksimile) erfolgen.“

Artikel 6

Änderung des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Härtefallfonds

Das Härtefallfondsgesetz, BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 lautet:

„(1) Gegenstand des Förderungsprogrammes des Bundes zum Härtefallfonds ist die Schaffung eines Sicherheitsnetzes für Härtefälle bei Ein-Personen-Unternehmen (EPU) unter Einschluss Neuer Selbständiger und freier Dienstnehmer nach § 4 Abs. 4 ASVG, bei Non-Profit-Organisationen (NPO) gemäß §§ 34 bis 47 der Bundesabgabenordnung (BAO) sowie von Kleinstunternehmern laut Empfehlung 2003/361/EG vom 6. Mai 2003, Amtsblatt Nr. L 124 vom 20/05/2003 S. 0036 - 0041, als natürliche Personen oder erwerbstätige Gesellschafter, die nach BSVG/GSVG/FSVG bzw. in Versicherungen entsprechender Einrichtungen der freien Berufe pflichtversichert sind, die durch die rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 verursacht wurden. Anspruchsberechtigt sind außerdem Privatzimmervermieter von privaten Gästezimmern im eigenen Haushalt mit höchstens 10 Betten, die nicht der Gewerbeordnung 1994 unterliegen. Die Förderung wird in Form eines Zuschusses gewährt.“

2. § 1 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Wirtschaftskammer Österreich und – soweit die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sowie Privatzimmervermieter betroffen sind – die Agrarmarkt Austria wickeln das Förderungsprogramm des Bundes zum Härtefallfonds im übertragenen Wirkungsbereich in Bindung an die Weisungen des Vizekanzlers (§ 1), der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (§§ 1 bis 3) und der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (§§ 1 bis 3) sowie des Bundesministers für Finanzen (§§ 1 bis 5) ab. Bei widerstreitenden Weisungen ist Einvernehmen herzustellen.“

3. Nach § 1 Abs. 2 wird folgender Abs. 2a eingefügt:

„(2a) Die Wirtschaftskammer Österreich kann sich zur Durchführung der ihr übertragenen Aufgabe geeigneter anderer Rechtsträger wie insbesondere der Wirtschaftskammern in den Ländern unentgeltlich bedienen, soweit dem die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nicht entgegenstehen.“

4. § 1 Abs. 3 lautet:

„(3) Die liquiden Mittel werden der Wirtschaftskammer Österreich und der Agrarmarkt Austria vor Auszahlung der Förderbeiträge im Wege über das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus zur Verfügung gestellt. Hierfür werden aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfond maximal zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.“

5. Nach § 1 Abs. 3 wird folgender Abs. 3a eingefügt:

„(3a) Der Bundesminister für Finanzen wird in Abweichung von § 1 Abs. 3 ermächtigt im Einvernehmen mit dem Vizekanzler durch Verordnung die liquiden Mittel aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfond anzupassen.“

5a. In § 1 Abs. 4 wird im zweiten Satz nach der Wortfolge „land- und forstwirtschaftliche Betrieben“ die Wortfolge „und bei Privatzimmervermietern“ eingefügt.

6. In § 1 Abs. 4 wird nach dem zweiten Satz folgender Satz eingefügt:

„Ebenso hat der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Vizekanzler und der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort eine Richtlinie für die Abwicklung des Härtefallfonds für Einkommensausfälle bei NPOs zu erlassen.“

7. In § 2a wird der Ausdruck „Wirtschaftskammer Österreich“ jeweils durch den Ausdruck „Agrarmarkt Austria“ sowie der Ausdruck „Betriebsinhaber“ durch den Ausdruck „Förderungswerber“ ersetzt.

8. § 3 Abs. 1 lautet:

„(1) Der Bundesminister für Finanzen, die Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, der Dachverband der Sozialversicherungsträger und die die gesetzliche Pflichtversicherung ersetzenden Institutionen haben der Wirtschaftskammer Österreich und der Agrarmarkt Austria – unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Regelungen – auf ihre Anfrage unter Verwendung einer elektronischen Schnittstelle soweit verfügbar Daten zu übermitteln, die für die Ermittlung des Ausmaßes des Zuschusses und zum Zweck der Identitätsfeststellung wie insbesondere mittels der Sozialversicherungsnummer notwendig sind.“

9. Nach § 3 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Die Österreichische Gesundheitskasse, die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen und die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau haben dem Dachverband der Sozialversicherungsträger die erforderlichen Daten elektronisch zur Verfügung zu stellen.“

10. § 3 Abs. 3 erster Satz lautet:

„Auf die Daten ist von der Wirtschaftskammer Österreich und von der Agrarmarkt Austria § 48a BAO sinngemäß anzuwenden.“

10a. Nach § 3 wird folgender § 3a eingefügt:

§ 3a. Zuwendungen gemäß diesem Bundesgesetz sind bei der Ermittlung der Beitragsgrundlagen der Sozialversicherungen nicht heranzuziehen.“

11. § 4 lautet:

§ 4. Der Bundesminister für Finanzen, die Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus sowie der Dachverband der Sozialversicherungsträger haben die technischen Voraussetzungen für die Datenübermittlungen nach den §§ 2 und 3 zu schaffen.“

12. Der Text des bisherigen § 6 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“, folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) Der § 1 Abs. 1 bis Abs. 4, § 2a, § 3 Abs. 1, Abs. 1a und Abs. 3, § 3a sowie § 4, in der Fassung BGBl. I Nr. 23/2020, treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft; § 1 Abs. 3a tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft; die übrigen Bestimmungen treten mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft.“

Artikel 7

Änderung des Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetzes

Das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz (AMPFG), BGBl. Nr. 315/1994, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 10 wird folgender Abs. 73 angefügt:

„(73) § 13 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt mit 21. März 2020 in Kraft.“

2. § 13 Abs. 1 letzter Satz lautet:

„Die Bundesministerin für Familie, Arbeit und Jugend wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen die Obergrenze von 1000 Millionen Euro für das Jahr 2020 mit Verordnung den Erfordernissen aus der Bewältigung der durch die Bedrohung durch Covid-19 resultierenden Gegebenheiten entsprechend anzupassen.“

Artikel 8

..

Änderung des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes

Das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, BGBl. Nr. 459/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. § 18b Abs. 1 lautet:

„(1) Werden Einrichtungen auf Grund behördlicher Maßnahmen teilweise oder vollständig geschlossen und hat ein Arbeitnehmer, dessen Arbeitsleistung nicht für die Aufrechterhaltung des Betriebes erforderlich ist, keinen Anspruch auf Dienstfreistellung zur Betreuung seines Kindes, kann der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer eine Sonderbetreuungszeit im Ausmaß von bis zu drei Wochen, ab dem Zeitpunkt der behördlichen Schließung von Lehranstalten und Kinderbetreuungseinrichtungen, für die Betreuung von Kindern bis zum vollendeten 14. Lebensjahr, für die eine Betreuungspflicht besteht, gewähren. Dasselbe gilt,

1. wenn eine Betreuungspflicht für Menschen mit Behinderungen besteht, die in einer Einrichtung der Behindertenhilfe oder einer Lehranstalt für Menschen mit Behinderungen bzw. einer höher bildenden Schule betreut oder unterrichtet werden, und diese Einrichtung oder Lehranstalt bzw. höher bildende Schule auf Grund behördlicher Maßnahmen teilweise oder vollständig geschlossen wird, oder auf Grund freiwilliger Maßnahmen die Betreuung von Menschen mit Behinderung zu Hause erfolgt, oder
2. für Angehörige von pflegebedürftigen Personen, wenn deren Pflege oder Betreuung in Folge des Ausfalls einer Betreuungskraft nach dem Hausbetreuungsgesetz, BGBl. I Nr. 33/2007 nicht mehr sichergestellt ist oder
3. für Angehörige von Menschen mit Behinderungen, die persönliche Assistenz in Anspruch nehmen, wenn die persönliche Assistenz in Folge von COVID-19 nicht mehr sichergestellt ist.

Arbeitgeber haben Anspruch auf Vergütung von einem Drittel des in der Sonderbetreuungszeit an die Arbeitnehmer gezahlten Entgelts durch den Bund. Der Anspruch auf Vergütung nach dem ersten Satz ist mit der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, gedeckelt und binnen sechs Wochen vom Tage der Aufhebung der behördlichen Maßnahmen bei der Buchhaltungsagentur geltend zu machen. Die Regelung gilt auch für Arbeitnehmer, die den Landarbeitsordnungen der Bundesländer und in Vorarlberg dem Land- und Forstarbeitsgesetz sowie dem Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz BGBl. Nr. 280/1980 unterliegen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes in Kraft sind.“

2. Dem § 19 Abs. 1 wird folgende Z 45 angefügt:

„45. § 18b Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft und gilt bis 31. Mai 2020, hinsichtlich des Vergütungsanspruchs des Arbeitgebers und dessen Abwicklung bis 30. Juni 2021.“

Artikel 9

Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes

Das Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. § 170 Abs. 1 lautet:

„(1) Die Tätigkeitsdauer von Organen der betrieblichen Interessenvertretung nach diesem Gesetz sowie der Behindertenvertrauenspersonen nach § 22a BEinstG, die im Zeitraum von 16. März 2020 bis 31. Oktober 2020 endet, verlängert sich bis zur Konstituierung eines entsprechenden Organs der betrieblichen Interessenvertretung, das nach dem 31. Oktober 2020 unter Einhaltung der dafür vorgesehenen Fristen gewählt worden ist.“

2. In § 264 Abs. 33 entfällt die Wortfolge „1 und“.

3. Dem § 264 wird folgender Abs. 34 angefügt:

„(34) § 170 Abs. 1 und § 264 Abs. 33 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft. Dauert die COVID-19 Krisensituation über den 31. Oktober 2020 hinaus an, so hat die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend durch

Verordnung den in § 170 Abs. 1 festgesetzten Endtermin 31. Oktober 2020 zu verlängern, nicht jedoch über den 31. Dezember 2020 hinaus.“

Artikel 10

Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes

Das Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG), BGBl. Nr. 218/1975, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 32b wird folgender § 32c samt Überschrift eingefügt:

„Übergangsbestimmung zur COVID-19-Krisensituation

§ 32c. (1) Entgegen § 5 Abs. 3 letzter Satz dürfen für die Dauer der COVID-19-Krisensituation im Wirtschaftszweig Land- und Forstwirtschaft Beschäftigungsbewilligungen für ein und dieselbe Saisonarbeitskraft, die bereits in Österreich aufhältig ist, für eine Gesamtdauer von mehr als neun Monaten innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten erteilt oder verlängert werden.“

2. Dem § 34 wird folgender Abs. 50 angefügt:

„(50) § 32c in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft und mit Ablauf des 30. Juni 2020 außer Kraft. Dauert die COVID-19-Krisensituation über diesen Zeitpunkt hinaus an, so ist die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend ermächtigt, das Außerkrafttreten durch Verordnung um jeweils zwei Monate, nicht jedoch über den 31. Dezember 2020 hinaus, zu verschieben.“

Artikel 11

Änderung des Einkommensteuergesetzes 1988

Das Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1988, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

In § 124b werden folgende Z 348 bis Z 351 angefügt:

„348. Steuerfrei sind ab dem 1. März 2020:

- a) Zuwendungen, die aus Mitteln des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds gemäß dem Bundesgesetz über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds – COVID-19-FondsG, BGBl. I Nr. 12/2020, aufgebracht werden.
- b) Zuschüsse aus dem Härtefallfonds gemäß dem Bundesgesetz über die Errichtung eines Härtefallfonds (Härtefallfondsgesetz, BGBl. I Nr. 16/2020).
- c) Zuschüsse aus dem Corona-Krisenfonds.
- d) Sonstige vergleichbare Zuwendungen der Bundesländer, Gemeinden und gesetzlichen Interessenvertretungen, die für die Bewältigung der COVID-19-Krisensituation geleistet werden.

349. § 16 Abs. 1 Z 6 lit. h und § 68 Abs. 7 sind auch im Falle von COVID-19-Kurzarbeit, Telearbeit wegen der COVID-19-Krise bzw. Dienstverhinderungen wegen der COVID-19-Krise anwendbar.

350.

- a) Zulagen und Bonuszahlungen, die aufgrund der COVID-19-Krise zusätzlich geleistet werden, sind im Kalenderjahr 2020 bis 3.000 Euro steuerfrei. Es muss sich dabei um zusätzliche Zahlungen handeln, die ausschließlich zu diesem Zweck geleistet werden und üblicherweise bisher nicht gewährt wurden. Sie erhöhen nicht das Jahressechstel gemäß § 67 Abs. 2 und werden nicht auf das Jahressechstel angerechnet.
- b) Soweit Zulagen und Bonuszahlungen nicht durch lit. a erfasst werden, sind sie nach dem Tarif zu versteuern.

351. § 37 Abs. 5 Z 3 zweiter Satz ist auf Einkünfte von Steuerpflichtigen nicht anzuwenden, die im Jahr 2020 während der COVID-19-Pandemie als Ärzte gemäß § 36b Ärztegesetz 1998, BGBl. I Nr. 169/1998 idF BGBl. I Nr. 16/2020, in Österreich tätig werden.“

Artikel 12

Änderung des Gebührengesetzes 1957

Das Gebührengesetz, BGBl. Nr. 267/1957, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. In § 35 Abs. 8 wird folgender Satz angefügt:

„Rechtsgeschäfte, die zur Durchführung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Krisensituation notwendig sind, sind von den Hundertsatzgebühren befreit.“

2. In § 37 Abs. 41 wird die Wortfolge „BGBl. I Nr. 16/2020“ durch die Wortfolge „BGBl. I Nr. 23/2020“ ersetzt.

Artikel 13

Änderung des Finanzstrafgesetzes

Das Finanzstrafgesetz, BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. § 265 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 wird die Zeichenfolge „30. Juni 2020“ durch die Zeichenfolge „31. Dezember 2020“ und die Zeichenfolge „1. Juli 2020“ durch die Zeichenfolge „1. Jänner 2021“ ersetzt.

b) In Abs. 2 lit. a, b, d, f, g und h wird jeweils die Zeichenfolge „30. Juni 2020“ durch die Zeichenfolge „31. Dezember 2020“ ersetzt.

c) In Abs. 2 lit. a, b und c wird jeweils die Zeichenfolge „1. Juli 2020“ durch die Zeichenfolge „1. Jänner 2021“ ersetzt.

d) Abs. 2 lit. e lautet:

„e) Die zum 31. Dezember 2020 bereits einem Spruchsenat zugeleiteten Akten fallen in die Zuständigkeit eines in der Stadt bestehenden Spruchsenates, in der sich die Geschäftsstelle des bisher zuständigen Spruchsenates befunden hat. Die nach § 68 vor Ablauf des Jahres 2019 für das Jahr 2020 erlassene Geschäftsverteilung gilt bis 31. Dezember 2020. Die Geschäftsverteilung für das Jahr 2021 kann bereits vor dem 1. Jänner 2021 durch den Vorstand der gemäß § 58 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 104/2019 zuständigen Finanzstrafbehörde erlassen werden und hat vorzusehen, dass die zum 31. Dezember 2020 bereits einem Spruchsenat zugeleiteten Akten tunlichst denselben Personen als Vorsitzenden der Spruchsenate, bei Senatzuständigkeit Senaten mit denselben Vorsitzenden zugewiesen werden.“

e) Nach Abs. 2 lit. h wird folgende lit. i angefügt:

„i) Wird in einer Rechtsvorschrift des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde die Bezeichnung „Amt für Betrugsbekämpfung als Finanzstrafbehörde“ oder „Zollamt Österreich als Finanzstrafbehörde“ verwendet, ist darunter bis zum Ablauf des 31. Dezember 2020 jene Einrichtung zu verstehen, die aufgrund des Finanzstrafgesetzes in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019 zuständig gewesen ist.“

2. § 265a wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 lautet:

„(1) Der Lauf der Einspruchsfrist (§ 145 Abs. 1), der Rechtsmittelfrist (§ 150 Abs. 2), der Frist zur Anmeldung einer Beschwerde (§ 150 Abs. 4), der Frist zur Einbringung eines Antrages auf Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 165 Abs. 4), der Frist zur Stellung eines Antrages auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 167 Abs. 2) sowie der Frist auf Erhebung von Einwendungen zur Niederschrift (§ 56b Abs. 3) wird jeweils unterbrochen, wenn die Frist mit Ablauf des 16. März 2020 noch nicht abgelaufen war oder der Beginn des Fristenlaufs in die Zeit von 16. März 2020 bis zum Ablauf des 30. April 2020 fällt. Die genannten Fristen beginnen mit 1. Mai 2020 neu zu laufen.“

b) Nach Abs. 3 wird folgender Abs. 3a eingefügt:

„(3a) Unterbleibt bis 30. September 2020 eine mündliche Verhandlung vor einem Spruchsenat (§ 125 Abs. 3) oder vor einem Senat für Finanzstrafrecht beim Bundesfinanzgericht (§ 160 Abs. 2 und 3), kann der Vorsitzende die Beratung und Beschlussfassung des Senates unter Verwendung geeigneter technischer Kommunikationsmittel veranlassen. Der Vorsitzende kann außerdem die Beratung und Beschlussfassung durch die Einholung der Zustimmung der anderen Mitglieder des Senates zu einem Entscheidungsentwurf im Umlaufwege ersetzen, wenn keines dieser Mitglieder widerspricht.“

Artikel 14 **Änderung des Alkoholsteuergesetzes**

Das Alkoholsteuergesetz, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

1. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 lautet:

„(1) Alkohol, der für die in § 4 Abs. 1 Z 2, 4, 5 und 8 genannten Zwecke verwendet werden soll, ist nach Maßgabe der Abs. 2 bis 5 zum menschlichen Genuss unbrauchbar zu machen (Vergällung).“

b) In Abs. 3 lautet der erste Satz:

„Das Zollamt kann dem Inhaber eines Alkohollagers oder eines Verwendungsbetriebes auf schriftlichen Antrag bewilligen, bestimmte Vergällungen selbst durchzuführen.“

2. Nach § 116k wird folgender § 116l samt Überschrift eingefügt:

„Befristete Sonderregelungen für die Desinfektionsmittelherstellung durch Verwendungsbetriebe

§ 116l. (1) Die Steuer wird auf Antrag vergütet, wenn ein Erzeugnis für die Herstellung von Desinfektionsmitteln in einen Verwendungsbetrieb (§ 11) aufgenommen wurde und dem Zollamt, in dessen Bereich sich dieser Betrieb befindet, nachgewiesen wird, dass

1. für dieses Erzeugnis im Steuergebiet die Steuer nach dem Regelsatz entrichtet wurde und
2. das Erzeugnis im Steuergebiet für die begünstigten Zwecke eingesetzt wurde.

(2) Desinfektionsmittel im Sinne dieses Bundesgesetzes sind

1. Biozidprodukte im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten, ABl. Nr. L 167 vom 27.06.2012, S. 1, oder
2. vergleichbare Desinfektionsmittel

zur hygienischen Händedesinfektion und Flächendesinfektion, ausgenommen reine Alkohol-Wasser-Mischungen.

(3) Vergütungsberechtigt ist der Inhaber des Verwendungsbetriebs. Vergütungsanträge sind nur für volle Kalendermonate zulässig. Sie sind bei sonstigem Verlust des Anspruchs bis zum Ablauf des auf die Aufnahme des Erzeugnisses in den Betrieb folgenden Kalenderjahres zu stellen. Die Regelungen des § 6 Abs. 2 und 3 und des § 7 Abs. 2 gelten sinngemäß. Soweit Steuerbelange dadurch nicht beeinträchtigt werden, kann das Zollamt auf Antrag zur Vermeidung unnötigen Verwaltungsaufwands auf einzelne dieser Angaben oder den Anschluss bestimmter Beilagen verzichten.“

3. Nach § 116l werden folgende §§ 116m und 116n eingefügt:

§ 116m. Ergänzend zu den Bestimmungen des § 17 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 ist Alkohol, der bei der Herstellung von Desinfektionsmitteln nach § 116l Abs. 2 verwendet wird, mit seiner Verarbeitung zu einem solchen Desinfektionsmittel als hinreichend vergällt anzusehen. Entsprechende Vergällungen dürfen auch ohne Bewilligung des Zollamtes selbst durchgeführt werden.

§ 116n. (1) § 17 Abs. 1 und Abs. 3 erster Satz, § 116l einschließlich der Überschrift und § 116m, jeweils in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020, treten mit 1. März 2020 in Kraft und mit Ausnahme von § 17 Abs. 1 und Abs. 3 erster Satz in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 mit Ablauf des 31. August 2020 außer Kraft. Die Regelungen des § 116l Abs. 3 in der

Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 sind für vor dem 1. September 2020 entstandene Vergütungsansprüche weiterhin anwendbar.

(2) § 116l einschließlich der Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 ist auf Erzeugnisse anzuwenden, die nach dem 29. Februar 2020 in den betreffenden Betrieb aufgenommen wurden. § 116m in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 ist auf Erzeugnisse nach dieser Bestimmung anzuwenden, die nach dem 31. Jänner 2020 hergestellt wurden.

(3) In jenen Fällen, in denen Verwendungsbetriebe nach dem 31. Jänner 2020 und vor dem 15. März 2020 unsteuerter Alkohol zur Herstellung von Desinfektionsmitteln nach § 116l Abs. 2 eingesetzt und erst nach dieser Herstellung einen Antrag nach § 11 Abs. 1 oder § 13 Abs. 1 gestellt haben, kann das Zollamt auf Antrag den Freischein beziehungsweise die Ergänzung des Freischeins rückwirkend, frühestens ab 1. Februar 2020, bewilligen, soweit die bestimmungsgemäße Verwendung glaubhaft gemacht wird und Steuerbelange dadurch nicht beeinträchtigt werden. § 17 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 findet auf solche Fälle Anwendung.

(4) In jenen Fällen, in denen Verwendungsbetriebe nach dem 31. Jänner 2020 und vor dem 1. April 2020 von ihnen hergestellte Desinfektionsmittel nach § 116l Abs. 2 versteuert abgegeben haben, wird die auf diese Erzeugnisse entfallende Steuer auf Antrag vergütet. § 116l gilt sinngemäß.“

Artikel 15

Bundesgesetz, mit dem eine Ermächtigung zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt wird

§ 1. (1) Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort zur Verhütung und Bekämpfung von nach den Bestimmungen des Epidemiegesetzes 1950, BGBl. Nr. 186/1950, anzeigepflichtigen Krankheiten oder zur Gewährleistung der Gesundheit der Bevölkerung oder besonderer Personengruppen über die dafür erforderlichen Waren oder Dienstleistungen durch Verteilung zu verfügen, soweit diese von der Republik Österreich (Bund) nach dem 15. März 2020 erworben oder beschafft wurden. Die Verfügung kann von Bedingungen und Zusagen abhängig gemacht werden und ganz oder teilweise auch durch unentgeltliche Übereignung erfolgen.

(2) Soweit sich juristische Personen wie insbesondere Gebietskörperschaften eigene Aufwendungen durch die Verteilung von Waren oder Dienstleistungen nach Abs. 1 erspart haben, ist jedenfalls deren Einkaufswert von Ansprüchen, die von diesen Personen nach den Bestimmungen des Epidemiegesetzes 1950 gegen den Bund geltend gemacht werden, in Abzug zu bringen.

Artikel 16

Änderung des Schulorganisationsgesetzes

Das Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 86/2019, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 132b wird folgender § 132c samt Überschrift eingefügt:

„Festlegung von Fristen und schuljahresübergreifenden Regelungen für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19

§ 132c. (1) In Ausnahme zu den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes kann der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 mit Verordnung

1. bestehende Stichtage abweichend festsetzen und gesetzliche Fristen verkürzen, verlängern oder verlegen,
2. die Schulleitung ermächtigen oder verpflichten, in Abstimmung mit den die einzelnen Unterrichtsgegenstände unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrern von der Aufteilung der Bildungs- und Lehraufgaben und des Lehrstoffes in den Lehrplänen auf die einzelnen Schulstufen oder Semester abzuweichen, Förderunterricht verpflichtend anzuordnen, den Besuch der gegenstandsbezogenen Lernzeit verpflichtend anzuordnen oder Ergänzungsunterricht vorzusehen,

3. den Einsatz von elektronischer Kommunikation für Unterricht, Leistungsfeststellung und -beurteilung regeln,
4. für Schularten, Schulformen, Schulen, Schulstandorte, einzelne Klassen oder Gruppen oder Teile von diesen einen ortsungebundenen Unterricht mit oder ohne angeleitetem Erarbeiten von Lehrstoffen anordnen und
5. an Berufsschulen die Schulleitung ermächtigen, an Stelle von Pflichtgegenständen verbindliche Übungen vorzusehen, wenn keine sichere Beurteilung möglich wäre.

Diese Verordnung muss unter Angabe der Geltungsdauer und einer neuen Regelung jene gesetzlichen Bestimmungen benennen, von welchen abgewichen werden soll und kann rückwirkend mit 16. März 2020 in Kraft gesetzt werden.

(2) Unter Ergänzungsunterricht sind Unterrichtseinheiten zu verstehen, die zusätzlich zur lehrplanmäßig verordneten Stundentafel abgehalten werden, um im stundenplanmäßigen Unterricht nicht behandelten oder im ortsungebundenen Unterricht angeleitet erarbeiteten Lehrstoff zu behandeln. Ergänzungsunterricht und Förderunterricht können während des gesamten Schuljahres von Lehrkräften oder Lehramtsstudierenden durchgeführt werden. Die Teilnahme an diesem Unterricht kann als freiwillig oder für einzelne Schülerinnen oder Schüler verpflichtend geregelt werden.

(3) Ortsungebundener Unterricht umfasst die Vermittlung von Lehrstoff und die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern unter Einsatz elektronischer Kommunikationsmittel, deren Bereitstellung vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung unterstützt wird, (angeleitetes Erarbeiten) ohne physische Anwesenheit einer Mehrzahl von Schülerinnen und Schülern am gleichen Ort.“

2. In § 131 wird folgender Abs. 41 angefügt:

„(41) § 132c samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt rückwirkend mit 1. März 2020 in Kraft.“

Artikel 17 Änderung des Schulunterrichtsgesetzes

Das Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 472/1986, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 13/2020, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 82l wird folgender § 82m samt Überschrift eingefügt:

„Festlegung von Fristen und schuljahresübergreifenden Regelungen für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19

§ 82m. (1) In Ausnahme zu den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes kann der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 mit Verordnung

1. bestehende Stichtage abweichend festsetzen und gesetzliche Fristen verkürzen, verlängern oder verlegen,
2. die Schulleitung ermächtigen oder verpflichten, in Abstimmung mit den die einzelnen Unterrichtsgegenstände unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrern von der Aufteilung der Bildungs- und Lehraufgaben und des Lehrstoffes in den Lehrplänen auf die einzelnen Schulstufen oder Semester abzuweichen, Förderunterricht verpflichtend anzuordnen, den Besuch der gegenstandsbezogenen Lernzeit verpflichtend anzuordnen oder Ergänzungsunterricht vorzusehen,
3. den Einsatz von elektronischer Kommunikation für die Abhaltung von Konferenzen, für Unterricht und Leistungsfeststellung und -beurteilung regeln,
4. für Schularten, Schulformen, Schulen, Schulstandorte, einzelne Klassen oder Gruppen oder Teile von diesen bei ortsungebundenem Unterricht Leistungsfeststellung und -beurteilung regeln und
5. die Schulleitung ermächtigen oder verpflichten, die Unterrichtszeit in bestimmten Unterrichtsgegenständen teilweise oder zur Gänze auf Teile des Unterrichtsjahres zusammenzuziehen.

Diese Verordnung muss unter Angabe der Geltungsdauer und einer neuen Regelung jene gesetzlichen Bestimmungen benennen, von welchen abgewichen werden soll und kann rückwirkend mit 16. März 2020 in Kraft gesetzt werden.

(2) Unter Ergänzungsunterricht sind Unterrichtseinheiten zu verstehen, die zusätzlich zur lehrplanmäßig verordneten Stundentafel abgehalten werden, um im stundenplanmäßigen Unterricht nicht

behandelten oder im ortsungebundenen Unterricht angeleitet erarbeiteten Lehrstoff zu behandeln. Ergänzungsunterricht und Förderunterricht können während des gesamten Schuljahres von Lehrkräften oder Lehramtsstudierenden durchgeführt werden. Die Teilnahme an diesem Unterricht kann als freiwillig oder für einzelne Schülerinnen oder Schüler verpflichtend geregelt werden.

(3) Ortsungebundener Unterricht umfasst die Vermittlung von Lehrstoff und die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern unter Einsatz elektronischer Kommunikationsmittel, deren Bereitstellung vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung unterstützt wird, (angeleitetes Erarbeiten) ohne physische Anwesenheit einer Mehrzahl von Schülerinnen und Schülern am gleichen Ort.“

2. In § 82 wird folgender Abs. 16 angefügt:

„(16) § 82m samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt rückwirkend mit 1. März 2020 in Kraft.“

Artikel 18

Änderung des Schulunterrichtsgesetzes für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge

Das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge, BGBl. I Nr. 33/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 13/2020, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 72a wird folgender § 72b samt Überschrift angefügt:

„Festlegung von Fristen und schuljahresübergreifenden Regelungen für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19

§ 72b. In Ausnahme zu den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes kann der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 mit Verordnung

1. bestehende Stichtage abweichend festsetzen und gesetzliche Fristen verkürzen, verlängern oder verlegen,
2. die Schulleitung ermächtigen, in Abstimmung mit den die einzelnen Unterrichtsgegenstände unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrern von der Aufteilung der Bildungs- und Lehraufgaben und des Lehrstoffes, auf die einzelnen Schulstufen und Semester in den Lehrplänen abzuweichen,
3. den Einsatz von elektronischer Kommunikation für die Abhaltung von Konferenzen, für Unterricht und Leistungsfeststellung und -beurteilung regeln und
4. für Schularten, Schulformen, Schulen, Schulstandorte, einzelne Klassen oder Gruppen oder Teile von diesen einen ortsungebundenen Unterricht mit oder ohne angeleitetem Erarbeiten des Lehrstoffes anordnen.

Diese Verordnung muss unter Angabe der Geltungsdauer und einer neuen Regelung jene gesetzlichen Bestimmungen benennen, von welchen abgewichen werden soll und kann rückwirkend mit 16. März 2020 in Kraft gesetzt werden.“

2. In § 69 wird folgender Abs. 17 angefügt:

„(17) § 72b samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt rückwirkend mit 1. März 2020 in Kraft.“

Artikel 19

Änderung des Schulzeitgesetzes 1985

Das Schulzeitgesetz 1985, BGBl. Nr. 77/1985, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 49/2019, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 16d wird folgender § 16e samt Überschrift eingefügt:

„Festlegung von Fristen und schuljahresübergreifenden Regelungen für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19

§ 16e. In Ausnahme zu den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes kann der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 mit Verordnung

1. bestehende Stichtage abweichend festsetzen und gesetzliche Fristen einschließlich der in den Grundsatzbestimmungen des Abschnittes II genannten, verkürzen, verlängern oder verlegen und
2. Schulfreierklärungen gemäß § 10 Abs. 5a aussetzen oder aufheben, sowie die Zahl der Unterrichtsstunden je Tag in § 10 Abs. 8 auf höchstens 10 erhöhen.

Diese Verordnung muss unter Angabe der Geltungsdauer und einer neuen Regelung jene gesetzlichen Bestimmungen benennen, von welchen abgewichen werden soll und kann rückwirkend mit 16. März 2020 in Kraft gesetzt werden.“

2. In § 16a wird folgender Abs. 15 angefügt:

„(15) § 16e samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt rückwirkend mit 1. März 2020 in Kraft.“

Artikel 20

Änderung des Schulpflichtgesetzes 1985

Das Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. 76/1985, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 86/2019 sowie durch die Bundesministeriengesetz-Novelle 2020, BGBl. I Nr. 8/2020, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 28a wird folgender § 28b samt Überschrift eingefügt:

„Festlegung von Fristen und schuljahresübergreifenden Regelungen für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19

§ 28b. In Ausnahme zu den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes kann der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 mit Verordnung

1. bestehende Stichtage abweichend festsetzen und gesetzliche Fristen verkürzen, verlängern oder verlegen,
2. ein gerechtfertigtes Fernbleiben und die Einbringung der dadurch entfallenen Unterrichtszeit für Lehrlinge bestimmter Lehrberufe in Betrieben, die zur Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur beitragen, regeln und
3. den Einsatz von elektronischer Kommunikation für die Abhaltung von Konferenzen, Unterricht und Leistungsfeststellung und -beurteilung einschließlich des Nachweises des zureichenden Erfolges regeln.

Diese Verordnung muss unter Angabe der Geltungsdauer und einer neuen Regelung jene gesetzlichen Bestimmungen benennen, von welchen abgewichen werden soll und rückwirkend mit 16. März 2020 in Kraft gesetzt werden.“

2. In § 30 wird folgender Abs. 26 angefügt:

„(26) § 28b samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt rückwirkend mit 1. März 2020 in Kraft.“

Artikel 21

Änderung des Land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulgesetzes

Das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 101/2018 sowie durch die Bundesministeriengesetz-Novelle 2020, BGBl. I Nr. 8/2020, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 41 wird folgender § 42 samt Überschrift angefügt:

„Festlegung von Fristen und schuljahresübergreifenden Regelungen für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19

§ 42. In Ausnahme zu den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes kann der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 mit Verordnung

1. bestehende Stichtage abweichend festsetzen und gesetzliche Fristen verkürzen, verlängern oder verlegen und
2. die Schulleitung ermächtigen, in Abstimmung mit den die einzelnen Unterrichtsgegenstände

- unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrern von der Aufteilung der Bildungs- und Lehraufgaben und des Lehrstoffes, auf die einzelnen Schulstufen in den Lehrplänen abzuweichen,
3. den Einsatz von elektronischer Kommunikation für Unterricht und Leistungsfeststellung und -beurteilung regeln und
 4. für einzelne Jahrgänge oder Gruppen oder Teile von diesen einen ortsungebundenen Unterricht mit oder ohne angeleitetem Erarbeiten des Lehrstoffes anordnen.

Diese Verordnung muss unter Angabe der Geltungsdauer und einer neuen Regelung jene gesetzlichen Bestimmungen benennen, von welchen abgewichen werden soll und kann rückwirkend mit 16. März 2020 in Kraft gesetzt werden.“

2. In § 35 wird folgender Abs. 15 angefügt:

„(15) § 42 samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt rückwirkend mit 1. März 2020 in Kraft.“

Artikel 22

Änderung des Innovationsstiftung-Bildung-Gesetzes

Das Innovationsstiftung-Bildung-Gesetz, BGBl. I Nr. 28/2017, zuletzt geändert durch das Datenschutz-Anpassungsgesetz – Wissenschaft und Forschung 2018, BGBl. I Nr. 31/2018, wird wie folgt geändert:

1. Nach dem § 18 wird folgender § 18a samt Überschrift eingefügt:

„Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19

§ 18a. (1) Projekte dürfen auch gefördert werden, wenn

1. die Förderung nicht kompetitiv erfolgt (§ 2) oder
2. die zu fördernden Projekte nicht innovativ sind (§ 2) oder
3. die zu fördernden Projekte nicht den Aktionslinien gemäß § 3 Abs. 2 entsprechen.

(2) Projekte gemäß Abs. 1 haben insbesondere die Kriterien

1. der Qualität und Relevanz,
2. der Praxisorientierung sowie
3. der Inklusionsorientierung erfüllen.

(3) Als Fördermittel für Projekte gemäß Abs. 1 können

1. Mittel, deren Verwendung noch nicht gemäß § 10 Abs. 10 Z 1 genehmigt wurde, oder
2. Mittel, die gemäß § 4 Abs. 1 für Projekte gemäß Abs. 1 zur Verfügung gestellt werden,

ausgeschüttet werden.

(4) Abweichend von § 10 Abs. 10 Z 1 lit. a und § 13 Abs. 4 Z 3 lit. c entscheidet der Stiftungsrat auf begründeten Vorschlag des Stiftungsvorstands.

(5) Abweichend von § 10 Abs. 10 Z 6 dürfen Ausschreibungen für Projekte gemäß Abs. 1 auch außerhalb von Aktionslinien und Dreijahresprogrammen erfolgen.

(6) Abweichend von § 10 Abs. 13 sind Umlaufbeschlüsse jedenfalls zulässig.“

2. Dem § 21 werden folgende Abs. 5 und 6 angefügt:

„(5) § 18a in der Fassung des 3. COVID-19-Gesetzes, BGBl. I Nr. 23/2020, tritt mit dem Ablauf des Tages der Kundmachung im Bundesgesetzblatt in Kraft.

(6) § 18a tritt mit Ablauf des 30. September 2020 außer Kraft.“

Artikel 23

Bundesgesetz über hochschulrechtliche und studienförderungsrechtliche Sondervorschriften an Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, Einrichtungen zur Durchführung von Fachhochschul-Studiengängen und Fachhochschulen aufgrund von COVID-19 (COVID-19-Hochschulgesetz – C-HG)

Studienrechtliche Sondervorschriften an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen

§ 1. In Abweichung zu den Bestimmungen des Universitätsgesetzes 2002 – UG, BGBl. I Nr. 120/2002, und des Hochschulgesetzes 2005 – HG, BGBl. I Nr. 30/2006, kann der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung für das Sommersemester 2020 und das Wintersemester 2020/21 durch Verordnung regeln:

1. Sonderregelungen für das Inkrafttreten von Curricula für das Studienjahr 2020/21, die von § 58 Abs. 6 UG und § 42 Abs. 6 HG abweichen;
2. eine von § 52 UG und § 36 HG abweichende Einteilung des Studienjahres, inklusive der Festlegung der Lehrveranstaltungs-freien Zeit;
3. eine von § 56 Abs. 3 UG und § 70 HG abweichende Regelung betreffend Entrichtung des Lehrgangsbeitrages und eine von § 56 Abs. 5 UG und § 39 Abs. 6 HG abweichende Höchststudiendauer;
4. von §§ 61 ff. UG und §§ 51 ff. HG abweichende Zulassungsfristen (allgemeine Zulassungsfrist, Nachfrist, besondere Zulassungsfrist);
5. von § 62 UG und § 55 HG abweichende Fristen für die Meldung der Fortsetzung des Studiums;
6. eine von § 63 Abs. 11 UG abweichende Regelung betreffend die Ablegung der Ergänzungsprüfung in den künstlerischen Studien spätestens vor der Meldung der Fortsetzung des Studiums für das dritte Semester;
7. eine von § 65b Abs. 1 UG und § 52h Abs. 1 HG abweichende Regelung zur Frist der Einsichtnahme in die Beurteilungsunterlagen und in die Auswertungsprotokolle;
8. von § 66 UG und § 41 HG abweichende Regelungen für die Studieneingangs- und Orientierungsphase betreffend den Zeitraum der Durchführung, die Ansetzung von Prüfungsterminen und das Vorziehen von weiterführenden Lehrveranstaltungen;
9. Sonderregelungen für eine Beurlaubung gemäß § 67 UG und § 58 HG, insbesondere betreffend eine vorzeitige Beendigung der Beurlaubung aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen;
10. eine von § 68 Abs. 2 UG abweichende Regelung zur Frist des Erlöschens des Studiums;
11. von §§ 58 und 76 UG und §§ 42 und 42a HG abweichende Regelungen zu Lehrveranstaltungen und Prüfungen, insbesondere bezüglich des Ablaufes und der Durchführung von Lehrveranstaltungen und Prüfungen;
12. eine von § 77 Abs. 1 UG und § 43a Abs. 1 HG abweichende Frist für die Wiederholung von positiv beurteilten Prüfungen;
13. eine von § 78 Abs. 10 UG und § 56 Abs. 10 HG abweichende Entscheidungsfrist für Anerkennungsanträge;
14. eine von § 79 Abs. 2 UG und § 44 Abs. 2 HG abweichende Regelung betreffend die öffentliche Durchführung von Prüfungen;
15. Sonderregelungen bezüglich der Abgabe und Beurteilung von Bachelor-, Diplom- und Masterarbeiten, künstlerischen Diplom- und Masterarbeiten und Dissertationen und künstlerischer Dissertationen;
16. eine von § 87 Abs. 1 UG und § 65 Abs. 1 HG abweichende Frist für die Verleihung des akademischen Grades oder der akademischen Bezeichnung;
17. eine von § 90 Abs. 3 UG und § 68 Abs. 3 HG abweichende Frist für Nostrifizierungen;
18. Festlegung von Gründen für den Erlass oder die Rückerstattung von Studienbeiträgen für das Sommersemester 2020;
19. Festlegung von Übergangsfristen für Studien und Lehrgänge, die im Sommersemester 2020 oder im Wintersemester 2020/21 auslaufen;
20. Festlegung, dass im Rahmen von Eignungs-, Aufnahme- und Auswahlverfahren insbesondere die Beurteilung der vorangehenden schulischen Leistungen herangezogen werden kann.

Studienrechtliche Sondervorschriften an Einrichtungen zur Durchführung von Fachhochschul-Studiengängen und Fachhochschulen

§ 2. In Abweichung zu den Bestimmungen des Fachhochschul-Studiengesetzes – FHStG, BGBl. Nr. 340/1993, kann der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung für das Sommersemester 2020 und das Wintersemester 2020/21 durch Verordnung regeln:

1. eine von § 4 Abs. 8 FHStG abweichende Frist des Nachweises der vorgeschriebenen Zusatzprüfungen;

2. eine von § 9 Abs. 4 FHStG abweichende Regelung betreffend die Entrichtung des Lehrgangsbeitrages;
3. von § 13 Abs. 1, 3 und 4 FHStG abweichende Regelungen zu Prüfungen, insbesondere bezüglich des Zeitpunktes, des Ablaufes und der Durchführung;
4. von § 13 Abs. 6 und 7 FHStG abweichende Regelungen zur Frist der Einsichtnahme in die Prüfungsprotokolle und die Beurteilungsunterlagen;
5. von § 14 FHStG abweichende Regelungen zur Unterbrechung;
6. eine von § 15 Abs. 1 FHStG abweichende Regelung betreffend die öffentliche Durchführung von mündlichen Prüfungen;
7. eine von § 17 Abs. 4 FHStG abweichende Frist zur Ausstellung von Zeugnissen;
8. eine von § 18 Abs. 4 FHStG abweichende Regelung betreffend die Wiederholung eines Studienjahres;
9. Sonderregelungen bezüglich der Abgabe und Beurteilung von Bachelor-, Diplom- und Masterarbeiten;
10. Festlegung, dass im Rahmen von Aufnahmeverfahren insbesondere die Beurteilung der vorangehenden schulischen Leistungen herangezogen werden kann.

Sondervorschriften für die Anerkennung bestimmter Tätigkeiten

§ 3. Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit COVID-19 im Interesse der öffentlichen Sicherheit, der Gesundheitsvorsorge, des Unterrichtswesens oder der Versorgungssicherheit durchgeführt werden, können für Studien an Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und in Fachhochschul-Studiengängen im Ausmaß von 4 ECTS-Anrechnungspunkten pro Monat

1. als frei zu wählende Lehrveranstaltungen, sofern diese im Curriculum vorgesehen sind, oder
2. für gemäß § 31 Abs. 3 des Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetzes 2014, BGBl. I Nr. 45/2014, im Curriculum entsprechend gekennzeichnete Module oder Lehrveranstaltungen, oder
3. als Praktika, soweit diese Tätigkeiten den im Curriculum geforderten Praktika vergleichbar sind, anerkannt werden.

Studienförderungsrechtliche Sondervorschriften

§ 4. Für Förderungen nach dem Studienförderungsgesetz 1992 – StudFG, BGBl. Nr. 305/1992, bei denen der zur Vermeidung des Anspruchsverlusts oder einer Rückzahlungsverpflichtung erforderliche Studienerfolg aufgrund der Einschränkungen des Studien- und Prüfungsbetriebs an Hochschulen zur Bekämpfung der Ausbreitung von COVID-19 ohne Verschulden der oder des Studierenden nicht erbracht werden kann, kann der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung durch Verordnung geeignete Maßnahmen zur Vermeidung von Härten, insbesondere ein Aussetzen des Ruhens des Anspruchs auf Studienbeihilfe wegen überwiegender Behinderung am Studium, Fristerstreckungen für den Nachweis des Studienerfolgs oder ein Absehen von der Rückforderung festlegen.

Sondervorschriften für zeitabhängige Rechte

§ 5. In Abweichung zu den Bestimmungen des UG, des HG, des FHStG und des § 5a Abs. 7 des Studentenheimgesetzes, BGBl. Nr. 291/1986, kann der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung durch Verordnung regeln, dass das Sommersemester 2020 für zeitabhängige Rechte, insbesondere in Hinblick auf die Verpflichtung zur Leistung von Studienbeiträgen sowie auf die höchstzulässige Dauer von Beurlaubungen oder Unterbrechungen nicht berücksichtigt wird.

Sondervorschriften für Forschungsprojekte an Universitäten

§ 6. In Abweichung von § 109 Abs. 2 letzter Satz UG können ab dem 16. März 2020 Arbeitsverhältnisse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die im Rahmen von Drittmittelprojekten oder Forschungsprojekten beschäftigt sind, die aufgrund von Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 nicht fertiggestellt werden können, zur Fertigstellung der Drittmittelprojekte oder Forschungsprojekte und Publikationen einmalig befristet verlängert oder einmalig befristet neu abgeschlossen werden, wobei jeweils ein Zeitraum von 12 Monaten nicht überschritten werden darf.

Inkrafttreten

§ 7. Dieses Bundesgesetz tritt mit dem Ablauf des Tages der Kundmachung im Bundesgesetzblatt in Kraft.

Außerkräftreten

§ 8. Dieses Bundesgesetz tritt mit Ausnahme der §§ 4 und 5 mit 30. September 2021 außer Kraft. Verordnungen nach diesem Bundesgesetz können bis längstens 30. Juni 2021 erlassen werden.

Artikel 24

Änderung des Transparenzdatenbankgesetzes 2012

Das Bundesgesetz über eine Transparenzdatenbank (Transparenzdatenbankgesetz 2012 – TDBG 2012), BGBl. I Nr. 99/2012, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift des 7. Abschnitts entfallen die Worte „und Schlussbestimmungen“.
2. Nach dem 7. Abschnitt wird folgender neuer Abschnitt 7a samt Überschrift eingefügt:

„Abschnitt 7a

Sonderregelungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Krise

§ 39a. (1) Für alle Leistungen, die zur Bewältigung der COVID-19-Krise erbracht werden, sind unverzüglich Leistungsangebote anzulegen sowie Mitteilungen (§ 25 Abs. 1) vorzunehmen.

(2) Dies gilt auch bei Mitteilungen über Leistungen an Leistungsverpflichtete und auch, wenn nach § 23 Abs. 1 die Abfrage von bestehenden Datenbanken vorgesehen wäre.

§ 39b. Ein eigenes Leistungsangebot ist auch dann anzulegen, wenn ein bestehendes Leistungsangebot aufgestockt wird. Die Bezeichnung der Leistungsangebote in der Transparenzdatenbank hat einheitlich mit den Worten „COVID-19“ zu beginnen. Alle Mitteilungen betreffend Leistungen zur Bewältigung der COVID-19-Krise haben ausschließlich auf die neu angelegten Leistungsangebote zu erfolgen. Abweichend von der Außerkräftretensregelung (§ 43 Abs. 6) sind Mitteilungen und – für rückgezahlte Leistungen – negative Mitteilungen auch später vorzunehmen.

§ 39c. (1) Zusätzlich zu den Leistungsarten gemäß § 4 Abs. 1 werden folgende Leistungsarten eingeführt:

1. Aufwand für Gelddarlehen (Kredite und Darlehen)
2. Aufwand für sonstige Geldzuwendungen, soweit sie nicht Förderungen gemäß § 8 sind
3. übernommene Haftungen, Bürgschaften, Garantien
4. nicht im § 11 Abs. 1 genannte Sachleistungen
5. alle übrigen Leistungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19 Krise.

(2) Auch zu Leistungsangeboten dieser Leistungsarten sind Mitteilungen vorzunehmen.

(3) Auf diese Mitteilungen ist die Inkrafttretensbestimmung „1. Juli 2020“ in § 43 Abs. 5 Z 2 nicht anzuwenden, sodass die Mitteilungen der in § 25 Abs. 1 Z 3a, 3b und 3c normierten Struktur zu entsprechen haben.

§ 39d. Bei Leistungen nach § 39c sind anzugeben

1. gewährte Gelddarlehen und sonstige Geldzuwendungen mit dem Nominalwert
2. übernommene Haftungen, Bürgschaften und Garantien mit dem garantierten Obligo bzw. mit dem Bruttosubventionsäquivalent im Sinn des Art. 2 Z 22 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (VERORDNUNG (EU) Nr. 651/2014 DER KOMMISSION vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union)
3. getätigte Sachleistungen mit den Anschaffungskosten
4. die übrigen Leistungen mit sachgerechten Beträgen.

§ 39e. § 42 Abs. 2 zweiter Satz ist nicht anzuwenden.“

3. Nach dem neuen Abschnitt 7a wird folgender neuer 8. Abschnitt samt Überschrift eingefügt:

„8. Abschnitt Schlussbestimmungen“

4. Die §§ 40 bis 43 werden samt Überschriften aus dem 7. Abschnitt herausgelöst und zum Inhalt des neuen Abschnitts 8.

5. In § 42 wird nach Abs. 2 folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Mit der Vollziehung des Abschnitts 7a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 ist jede Bundesministerin und jeder Bundesminister nach der jeweiligen Zuständigkeit betraut.“

6. In § 43 wird nach Abs. 6 folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Die Regelungen des Bundesgesetzes, BGBl. I Nr. 23/2020, treten mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. Der Abschnitt 7a (§§ 39a bis 39e) tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft. Mitteilungen und negative Mitteilungen (§ 39b) sind auch später vorzunehmen.“

Artikel 25 Änderung des Telekommunikationsgesetzes 2003

Das Bundesgesetz, mit dem ein Telekommunikationsgesetz erlassen wird (Telekommunikationsgesetz 2003 – TKG 2003), BGBl. I Nr. 70/2003, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 119 Abs. 3 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Beratung und Beschlussfassung im Umlaufweg oder mit Mitteln der Telekommunikation sind zulässig.“

2. § 137 Abs. 14 wird geändert und lautet:

„(14) § 98a und § 109 Abs. 3 Z 17a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 16/2020 treten mit 22. März 2020 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft; sie sind auf Taten anzuwenden, die nach dem 21. März 2020 begangen worden sind.“

3. Nach § 137 Abs. 14 wird folgender Abs. 15 angefügt:

„(15) § 119 Abs. 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung des genannten Bundesgesetzes in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.“

Artikel 26 Änderung des ABBAG-Gesetzes

Das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes (ABBAG-Gesetz), BGBl. I Nr. 51/2014, zuletzt geändert durch das BGBl. I Nr. 12/2020, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 1 und 2 tritt an die Stelle der Bezeichnung „Bundeskanzler“ die Bezeichnung „Vizekanzler“; in § 3b Abs. 3 wird im ersten Satz an die Wortfolge „Bundesminister für Finanzen hat“ die Wortfolge „im Einvernehmen mit dem Vizekanzler“ eingefügt.

2. Der Text des bisherigen § 6a erhält die Absatzbezeichnung „(1)“ und der Verweis auf „§ 2a“ wird auf „§ 2 Abs. 2a“ geändert.

3. Nach § 6a Abs. 1 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Über Auftrag des Bundesministers für Finanzen wurde gemäß § 2 Abs. 2a die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) gegründet und dieser die Erbringung der Dienstleistungen und finanziellen Maßnahmen gemäß § 2 Abs. 2 Z 7 übertragen. Der Bund stattet die COFAG so aus, dass diese in der Lage ist, kapital- und liquiditätsstützende Maßnahmen, die ihr gemäß §

2 Abs. 2 Z 7 übertragen wurden, bis zu einem Höchstbetrag von 15 Milliarden Euro zu erbringen und ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen.“

Artikel 27

Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967

Das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

1. Am Ende von §§ 5 Abs. 1 und 6 Abs. 3 werden jeweils der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende lit. e angefügt:

„e) Pauschalentschädigungen gemäß § 36 Abs. 1 des Heeresgebührengesetzes 2001, die für den außerordentlichen Zivildienst gemäß § 34b in Verbindung mit § 21 Abs. 1 des Zivildienstgesetzes 1986 oder den Einsatzpräsenzdienst gemäß § 19 Abs. 1 Z 5 des Wehrgesetzes 2001 gewährt werden.“

2. § 38a Abs. 3 lautet:

„(3) Empfänger von Zuwendungen können nur österreichische Staatsbürger, Personen mit Staatsangehörigkeit zu einem EU-Mitgliedsland, Staatenlose mit ausschließlichem Wohnsitz im Bundesgebiet, Flüchtlinge gemäß Asylgesetz 2005 in der geltenden Fassung, die voraussichtlich dauerhaft im Bundesgebiet bleiben werden, sowie Drittstaatsangehörige sein.“

3. In § 38a werden folgende Absätze 5 bis 8 angefügt:

„(5) Dem Familienhärteausgleich werden aus dem Familienlastenausgleichsfonds einmalig 30 Mio. Euro bereitgestellt. Mit diesen Mitteln sollen Familien mit Kindern rasch und unbürokratisch eine finanzielle Unterstützung zur Bewältigung von Mehraufwendungen aufgrund der Pandemiefolgen erhalten können.

(6) Die Bundesministerin für Arbeit, Jugend und Familie hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz per Richtlinie näher zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen diese Bundesmittel eingesetzt werden können. Die Richtlinie hat insbesondere folgende Punkte zu enthalten:

1. Rechtsgrundlagen, Ziele,
2. den Gegenstand der finanziellen Zuwendung,
3. die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen für das Erlangen einer finanziellen Zuwendung,
4. das Ausmaß und die Art der Sach- oder Geldleistung,
5. das Verfahren,
6. die Geltungsdauer.

(7) Abweichend von Abs. 3 sollen aufgrund des außerordentlichen COVID-19 Krisengeschehens auch Subsidiär Schutzberechtigte gemäß § 8 Asylgesetz 2005 in der geltenden Fassung eine finanzielle Zuwendung auf Basis der zu erlassenden Richtlinie erhalten können.

(8) Zur effektiven Umsetzung der Ziele dieser finanziellen Zuwendungen können auch die Länder unter entsprechender Abgeltung ihrer administrativen Aufwendungen betraut werden. Dabei sind insbesondere auch datenschutzrechtliche Regelungen beachtlich.“

4. § 55 wird folgender Abs. 43 angefügt:

„(43) §§ 5 Abs. 1 und 6 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 sind nur in Bezug auf das Kalenderjahr 2020 anzuwenden.“

5. § 55 wird folgender Abs. 45 angefügt:

„(45) § 38a Abs. 3 sowie 5 bis 8 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 treten mit dem der Veröffentlichung dieses Bundesgesetzes folgenden Tag in Kraft.“

Artikel 28

Bundesgesetz über das Inverkehrbringen von Mund-Nasen-Schnellmasken während der Corona COVID-19-Pandemie

§ 1. (1) Für Mund-Nasen-Schnellmasken ist keine Zertifizierung nach dem Medizinproduktegesetz – MPG, BGBl. Nr. 657/1996, in der derzeit geltenden Fassung, oder dem Maschinen-Inverkehrbringungs- und Notifizierungsgesetz – MING, BGBl. I Nr. 77/2015, in der derzeit geltenden Fassung, erforderlich.

(2) Bei der Entnahmestelle beim Vertrieb ist ein Hinweis anzubringen, dass die Mund-Nasen-Schnellmasken nicht national zertifiziert und nicht medizinisch oder anderweitig geprüft sind.

§ 2. (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung im Bundesgesetzblatt in Kraft.

(2) Dieses Bundesgesetz tritt nach Ablauf von drei Monaten nach seinem Inkrafttreten außer Kraft.

Artikel 29

Änderung des COVID-19-FondsG

Das COVID-19-FondsG, BGBl. I Nr. 12/2020, wird wie folgt geändert:

1. Im § 2 wird die Wortfolge „vier Milliarden Euro“ durch „28 Milliarden Euro“ ersetzt.

2. Im § 3 Abs. 1 wird der Punkt am Ende der Z 7 durch einen Strichpunkt ersetzt und folgende Z 8 angefügt:

„8. Maßnahmen zur Liquiditätsstabilisierung von Unternehmen.“

3. Der Text des bisherigen § 4 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“; folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) § 2 und § 3 Abs. 1 Z 7 und 8, in der Fassung BGBl. I Nr. 23/2020, treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.“

Artikel 30

Bundesgesetz über die Errichtung eines COVID-19-Schulveranstaltungsausfall-Härtefonds (COVID-19-Schulstornofonds-Gesetz)

Errichtung des Schulveranstaltungsausfall-Härtefonds

§ 1. Mit diesem Bundesgesetz wird der Schulveranstaltungsausfall-Härtefonds (im weiteren Fonds) ohne eigene Rechtspersönlichkeit errichtet. Er wird vom Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung verwaltet.

Aufgabe des Fonds

§ 2. Aufgabe des Fonds ist der Ersatz jener Kosten von Schülerinnen und Schülern oder deren Erziehungsberechtigten, die diesen durch Untersagung von begünstigten Schulveranstaltungen entstanden sind.

Begünstigte Schulveranstaltungen

§ 3. (1) Vom Schulforum oder Schulgemeinschaftsausschuss für die Durchführung im Zeitraum vom 11. März 2020 bis zum Ende des Schuljahres 2019/20 beschlossene mehrtägige Schulveranstaltungen, mit welchen eine Nächtigung verbunden hätte sein sollen oder wäre, können von der Schulleitung, der Schulbehörde oder dem zuständigen Bundesminister wegen Undurchführbarkeit untersagt werden, wenn

1. am Ort der Schulveranstaltung unvermeidbare und außergewöhnliche Umstände auftreten, die eine Durchführung oder Reise zum Veranstaltungsort erheblich beeinträchtigen oder mit einer gesundheitlichen Gefährdung für Teilnehmer oder Dritte verbunden wären oder
2. aufgrund unvermeidbarer und außergewöhnlicher Umstände eine Unterrichtsarbeit und Leistungsbeurteilung vor Ende des Unterrichtsjahres nicht mehr gesichert wäre oder
3. ein Fall des § 2 Abs. 7 Schulzeitgesetz vorlag.

(2) Schulveranstaltungen, die gemäß Abs. 1 untersagt wurden, sind begünstigte Schulveranstaltungen gemäß § 2.

Ersatzfähige Kosten

§ 4. (1) Ersatzfähig sind Kosten die in § 2 genannten Personen für Fahrt (einschließlich Aufstieghilfen), Nächtigung, Verpflegung, Eintritte, Kurse, Vorträge, Arbeitsmaterialien, die leihweise Überlassung von Gegenständen und durch zusätzliche besondere Entschädigungen oder Entschädigungspauschalen des Reiseveranstalters, die diesen Personen aufgrund eines Rücktrittes von der Reise vor Reisebeginn aufgrund der Untersagung der Schulveranstaltung aus einer vertraglichen Verpflichtung erwachsen sind.

(2) Ersatzfähig sind Kosten gemäß Abs. 1 nur, wenn

1. mit den Vertragspartnern keine einvernehmliche Regelung erreicht werden konnte, insbesondere über eine kostenlose Verlegung der Schulveranstaltung auf einen anderen Termin,
2. das Pauschalreisegesetz nicht anwendbar ist oder nach dem Pauschalreisegesetz aufgrund eines Rücktrittes vor Beginn der Pauschalreise eine Entschädigungspflicht entsteht und
3. die Information über die Untersagung an die Vertragspartner, die eine besondere Entschädigung begehren, unverzüglich erfolgte.

Abwicklung

§ 5. Die näheren Regelungen zur Abwicklung, insbesondere Vergabe der Mittel, Auswahl einer Abwicklungsstelle und Auszahlungsmodalitäten werden durch den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen in einer Richtlinie festgelegt.

Gebührenbefreiung

§ 6. Die zur Besorgung der Aufgaben des Fonds erforderlichen Rechtsgeschäfte sind von den Gebühren nach dem Gebührengesetz 1957, BGBl. Nr. 267, in der jeweils geltenden Fassung, befreit.

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

§ 7. Dieses Bundesgesetz tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft und mit 31.12.2020 außer Kraft.

Vollziehung

§ 8. Mit der Vollziehung wird der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung betraut.

Artikel 31

Änderung der Bundesabgabenordnung

Die Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. § 323 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 63 wird das Datum „1. Juli 2020“ durch das Datum „1. Jänner 2021“ und das Datum „30. Juni 2020“ durch das Datum „31. Dezember 2020“ ersetzt.

b) Abs. 64 entfällt.

2. Nach § 323d wird folgender § 323e samt Überschrift eingefügt:

„Übergangsbestimmungen im Zusammenhang mit der Verschiebung der Finanz-Organisationsreform 2020

§ 323e. (1) Wird in einer Rechtsvorschrift des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde die Bezeichnung „Finanzamt Österreich“, „Finanzamt für Großbetriebe“, „Zollamt Österreich“ oder „Amt für Betrugsbekämpfung“ verwendet, ist darunter bis zum Ablauf des 31. Dezember 2020 jene Einrichtung zu verstehen, die aufgrund

- dieses Bundesgesetzes in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019 oder
- des Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes 2010, BGBl. I Nr. 9/2010, in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019 oder
- der Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes 2010, BGBl. II Nr. 165/2010, in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019 oder

–eines anderen durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019 geänderten Bundesgesetzes in dessen Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019 zuständig gewesen ist.

(2) Anbringen, für deren Behandlung ein Finanzamt zuständig ist, können auch unter Verwendung der Bezeichnung „Finanzamt Österreich“ oder „Finanzamt für Großbetriebe“ wirksam eingebracht werden. Anbringen, für deren Behandlung ein Zollamt zuständig ist, können auch unter Verwendung der Bezeichnung „Zollamt Österreich“ wirksam eingebracht werden.“

Artikel 32

Änderung des Bundesgesetzes über die personellen Maßnahmen aufgrund der Modernisierung der Steuer- und Zollverwaltung

Das Bundesgesetz über die personellen Maßnahmen aufgrund der Modernisierung der Steuer- und Zollverwaltung, BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

In § 2 wird jeweils das Datum „30. Juni 2020“ durch das Datum „31. Dezember 2020“ und jeweils das Datum „1. Juli 2020“ durch das Datum „1. Jänner 2021“ ersetzt.

Artikel 33

Änderung des Bundesgesetzes über die Schaffung eines Amtes für Betrugsbekämpfung

Das Bundesgesetz über die Schaffung eines Amtes für Betrugsbekämpfung, BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

§ 8 Abs. 1 lautet:

„(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 2021 in Kraft.“

Artikel 34

Änderung des Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes 2010

Das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz 2010, BGBl. I Nr. 9/2010, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

§ 33 lautet:

§ 33. Dieses Bundesgesetz tritt mit 31. Dezember 2020 außer Kraft.“

Artikel 35

Änderung des Artikels 91 des Finanz-Organisationsreformgesetzes

Artikel 91 des Finanz-Organisationsreformgesetzes, BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

§ 1 entfällt.

Artikel 36

Änderung des Finanzstrafzusammenarbeitsgesetzes

Das Finanzstrafzusammenarbeitsgesetz, BGBl. I Nr. 105/2014, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

In § 24a Abs. 1 entfällt die Absatzbezeichnung „Abs. 1“ und es wird die Zeichenfolge „1. Juli 2020“ durch die Zeichenfolge „1. Jänner 2021“ ersetzt.

Artikel 37

Änderung des Sanitätergesetzes

Das Sanitätäergesetz, BGBl. I Nr. 30/2002, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

Dem § 64 wird folgender Abs. 9 angefügt:

„(9) § 9 Abs. 1 Z 3a, § 14 Abs. 4, § 26 Abs. 4 und § 43 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 16/2020 gelten nur im Rahmen der Bekämpfung der Ausbreitung des Erregers SARS-CoV-2 (COVID-19); Berechtigungen auf Grund dieser Bestimmungen bestehen noch weiter, längstens bis zum Ablauf des 31. März 2021. In die Fristen zur Aufrechterhaltung der Berufs- und Tätigkeitsberechtigungen wird der Zeitraum von 22. März 2020 bis 21. März 2021 nicht eingerechnet.“

Artikel 38

Änderung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes

Das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, BGBl. I Nr. 108/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. In § 3a Abs. 7 wird der Ausdruck „Abs. 1 Z 1“ durch den Ausdruck „Abs. 1 Z 2“ ersetzt.

2. Nach § 17 Abs. 3 wird folgender Abs. 3a eingefügt:

„(3a) Für die Dauer einer Pandemie wird die Frist von fünf Jahren gemäß Abs. 3 gehemmt. Weiters sind Berufsangehörige, die bereits bis zu fünf Jahre Tätigkeiten einer Spezialisierung gemäß Abs. 2 ausgeübt und nicht die entsprechende Sonderausbildung bzw. Spezialisierung erfolgreich absolviert haben, für die Dauer einer Pandemie berechtigt, über die Kompetenzen gemäß §§ 14 bis 16 hinausgehende Tätigkeiten dieser Spezialisierung auszuüben.“

3. Dem § 117 wird folgender Abs. 33 angefügt:

„(33) § 3a Abs. 7 und § 17 Abs. 3a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 sowie § 27 Abs. 3 und § 85 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 16/2020 gelten nur im Rahmen der Bekämpfung der Ausbreitung des Erregers SARS-CoV-2 (COVID-19); Berechtigungen auf Grund dieser Bestimmungen bestehen noch weiter, längstens bis zum Ablauf des 31. März 2021.“

Artikel 39

Änderung des MTD-Gesetzes

Das Bundesgesetz über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste (MTD-Gesetz), BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

Dem § 36 wird folgender Abs. 25 angefügt:

„(25) § 3 Abs. 7 und § 4 Abs. 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 16/2020 gelten nur im Rahmen der Bekämpfung der Ausbreitung des Erregers SARS-CoV-2 (COVID-19); Berechtigungen auf Grund dieser Bestimmungen bestehen noch weiter, längstens bis zum Ablauf des 31. März 2021.“

Artikel 40

Änderung des Psychotherapiegesetzes

Das Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 105/2019 und die Bundesministeriengesetz-Novelle 2020, BGBl. I Nr. 8/2020, wird wie folgt geändert:

Nach § 22 wird folgender § 22a samt Überschrift eingefügt:

„Besondere Bestimmungen im Rahmen einer Pandemie

§ 22a. (1) Im Rahmen einer Pandemie darf der Bundesminister für Gesundheit, Soziales, Pflege und Konsumentenschutz die Vollsitzungen und Ausschusssitzungen des Psychotherapiebeirats aussetzen.

(2) Die in den §§ 4, 5, 7, 8, 11, 12, 17 und 19 des Psychotherapiegesetzes vorgesehene verpflichtende Anhörung sowie die gemäß § 10 vorgesehene Begutachtung des Psychotherapiebeirats wird für die Dauer einer Pandemie ausgesetzt.“

Artikel 41 **Änderung des Ärztegesetzes 1998**

Das Ärztegesetz 1998, BGBl. I Nr. 169/1998, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020 wird wie folgt geändert:

1. Dem § 41 wird folgender Abs. 8 angefügt:

„(8) Epidemieärztinnen/Epidemieärzte gemäß § 27 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186/1950, sind Amtsärztinnen/Amtsärzten gleichgestellt.“

2. § 242 samt Überschrift lautet:

„Schlussbestimmung zu Art. 41 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020

§ 242. Für die Dauer einer Pandemie können Beschlüsse in den Organen der Österreichischen Ärztekammer sowie in den Organen der Ärztekammern in den Bundesländern auch durch schriftliche Abstimmung gefasst werden (Umlaufbeschluss).“

Artikel 42 **Änderung des Bundesgesetzes über Krankenanstalten und Kuranstalten**

Das Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020 wird wie folgt geändert:

(Grundsatzbestimmung) Im Ersten Teil, wird nach Hauptstück G folgendes Hauptstück H eingefügt:

„Hauptstück H **Sonderbestimmungen für Krisensituationen**

§ 42f. (1) Die Landesgesetzgebung kann für den Fall einer Epidemie, Pandemie, terroristischen Bedrohung, kriegerischen Auseinandersetzung oder sonstigen Krisensituation vorsehen, dass durch Verordnung der Landesregierung Ausnahmen von den Anforderungen der in Umsetzung der §§ 2a bis 5, 6a bis 7b, 8 Abs. 1, 8a und 8b, 8d, 8f und 8g, 10a, 11a bis 11 d, 12, 19a, 21 und 26 ergangenen Ausführungsbestimmungen zulässig sind, wenn und solange dies auf Grund der besonderen Situation erforderlich ist und der Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen gewahrt bleibt.

(2) Die Landesgesetzgebung hat vorzusehen, dass derartige Verordnungen für höchstens sechs Monate gelten.

(3) Diese Bestimmung tritt sechs Monate nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft.“

Artikel 43 **Änderung des Medizinproduktegesetzes**

Das Medizinproduktegesetz, BGBl. Nr. 657/1996, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

In § 113a Abs. 1 wird nach der Zeichenfolge „II.“ die Zeichenfolge „III.“ eingefügt.

Artikel 44 **Änderung des Arzneimittelgesetzes**

Das Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2019, wird wie folgt geändert:

In § 94d Abs. 1 wird nach der Zeichenfolge „II.“ die Zeichenfolge „III.“ eingefügt.

Artikel 45 **Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes**

Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz – ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 21/2020, wird wie folgt geändert:

1. In § 49 Abs. 3 wird nach der Z 29 folgende Z 30 eingefügt:

„30. Steuerfreie Zulagen und Bonuszahlungen nach § 124b Z. 350 lit. a EStG, BGBl. I Nr. 23/2020.“

2. Im § 175 werden nach dem Abs. 1 folgende Abs. 1a und 1b eingefügt:

„(1a) Für die Dauer von Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 nach dem COVID-19-Maßnahmegesetz, BGBl. I Nr. 12/2020, sind Arbeitsunfälle auch Unfälle, die sich im zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit der die Versicherung begründenden Beschäftigung am Aufenthaltsort der versicherten Person (Homeoffice) ereignen.

(1b) Der Aufenthaltsort der versicherten Person (Homeoffice) gilt für den Anwendungsbereich dieses Bundesgesetzes als Arbeitsstätte im Sinne des Abs. 2 Z 1, 2, 5 bis 8 und 10.“

3. Nach § 733 werden folgende §§ 734 und 735 samt Überschrift eingefügt:

„Schlussbestimmungen zu Art. 45 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020

§ 734. § 175 Abs. 1a und 1b in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt rückwirkend mit 11. März 2020 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft. Die Regelung ist auf jene Versicherungsfälle anzuwenden, die ab dem 11. März 2020 eingetreten sind.

§ 735. (1) Der Krankenversicherungsträger hat einen Dienstnehmer oder Lehrling (im Folgenden: Betroffener) über seine Zuordnung zur COVID-19-Risikogruppe zu informieren. Die Definition dieser allgemeinen Risikogruppe, die sich nach medizinischen Erkenntnissen und wenn möglich aus der Einnahme von Arzneimitteln herleitet, erfolgt durch eine Expertengruppe, die das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend einrichtet. Der Expertengruppe gehören jeweils 3 Experten des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und der Ärztekammer und ein Experte des Bundesministeriums für Arbeit, Familie und Jugend an.

(2) Der den Betroffenen behandelnde Arzt hat infolge dieser allgemeinen Information des Krankenversicherungsträgers dessen individuelle Risikosituation zu beurteilen und gegebenenfalls ein Attest über die Zuordnung des Betroffenen zur COVID-19-Risikogruppe auszustellen (COVID-19-Risiko-Attest).

(3) Legt ein Betroffener seinem Dienstgeber dieses COVID-19-Risiko-Attest vor, hat er Anspruch auf Freistellung von der Arbeitsleistung und Fortzahlung des Entgelts, außer

1. der Betroffene kann seine Arbeitsleistung in der Wohnung erbringen (Homeoffice) oder
2. die Bedingungen für die Erbringung seiner Arbeitsleistung in der Arbeitsstätte können durch geeignete Maßnahmen so gestaltet werden, dass eine Ansteckung mit COVID-19 mit größtmöglicher Sicherheit ausgeschlossen ist; dabei sind auch Maßnahmen für den Arbeitsweg mit einzubeziehen.
3. eine Kündigung die wegen der Inanspruchnahme der Dienstfreistellung ausgesprochen wird, kann bei Gericht angefochten werden.

Die Freistellung kann bis längstens 30. April 2020 dauern. Dauert die COVID-19-Krisensituation über den 30. April 2020 hinaus an, so hat die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz durch Verordnung den Zeitraum, in dem eine Freistellung möglich ist, zu verlängern, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2020.

(4) Abs. 3 gilt nicht für Betroffene, die in Bereichen der kritischen Infrastruktur beschäftigt sind.

(5) Der Dienstgeber mit Ausnahme des Dienstgebers Bund hat Anspruch auf Erstattung des an den Dienstnehmer bzw. Lehrling geleisteten Entgelts sowie der Dienstgeberanteile am

Sozialversicherungsbeitrag, Arbeitslosenversicherungsbeitrag und sonstigen Beiträgen durch den Krankenversicherungsträger. Der Antrag auf Ersatz ist spätestens sechs Wochen nach dem Ende der Freistellung beim Krankenversicherungsträger einzubringen. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen zu ersetzen.

(6) Mit der Vollziehung dieser Bestimmung ist in Bezug auf Abs. 3 und 4 die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend, soweit für Arbeitnehmer nach Art. 11 B-VG die Vollziehung dem Land zukommt, die Landesregierung, jeweils im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, im Übrigen der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz alleine betraut. Der Krankenversicherungsträger ist im übertragenen Wirkungsbereich unter Bindung an die Weisungen dieser obersten Organe tätig.“

Artikel 46

Änderung des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes

Das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz – B-KUVG, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 7/2019 und durch die Kundmachung BGBl. I Nr. 4/2020, wird wie folgt geändert:

1. Im § 90 werden nach dem Abs. 1 folgende Abs. 1a und 1b eingefügt:

„(1a) Für die Dauer von Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl. I Nr. 12/2020, sind Arbeitsunfälle auch Unfälle, die sich im zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit dem die Versicherung begründenden Dienstverhältnis oder mit der die Versicherung begründenden Funktion am Aufenthaltsort der versicherten Person (Homeoffice) ereignen.

(1b) Der Aufenthaltsort der versicherten Person (Homeoffice) gilt für den Anwendungsbereich dieses Bundesgesetzes als Dienststätte im Sinne des Abs. 2 Z 1, 2 und 5 bis 9.“

2. Nach § 256 werden folgende §§ 257 und 258 samt Überschrift angefügt:

„Schlussbestimmungen zu Art. 46 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020

§ 257. § 90 Abs. 1a und 1b in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt rückwirkend mit 11. März 2020 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft. Die Regelung ist auf jene Versicherungsfälle anzuwenden, die ab dem 11. März 2020 eingetreten sind.

§ 258. (1) Die Versicherungsanstalt hat einen Dienstnehmer oder Lehrling (im Folgenden: Betroffener) über seine Zuordnung zur COVID-19-Risikogruppe zu informieren. Für die Definition dieser allgemeinen Risikogruppe gilt § 735 Abs. 1 des ASVG BGBl. Nr. 198/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020.

(2) Der den Betroffenen behandelnde Arzt hat infolge dieser allgemeinen Information der Versicherungsanstalt dessen individuelle Risikosituation zu beurteilen und gegebenenfalls ein Attest über die Zuordnung des Betroffenen zur COVID-19-Risikogruppe auszustellen (COVID-19-Risiko-Attest).

(3) Legt ein Betroffener seinem Dienstgeber dieses COVID-19-Risiko-Attest vor, hat er Anspruch auf Freistellung von der Arbeitsleistung und Fortzahlung des Entgelts, außer

1. der Betroffene kann seine Arbeitsleistung in der Wohnung erbringen (Homeoffice) oder
2. die Bedingungen für die Erbringung seiner Arbeitsleistung in der Arbeitsstätte können durch geeignete Maßnahmen so gestaltet werden, dass eine Ansteckung mit COVID-19 mit größtmöglicher Sicherheit ausgeschlossen ist; dabei sind auch Maßnahmen für den Arbeitsweg mit einzubeziehen.

Die Freistellung kann bis längstens 30. April 2020 dauern. Dauert die COVID-19 Krisensituation über den 30. April 2020 hinaus an, so hat die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz durch Verordnung den Zeitraum, in dem eine Freistellung möglich ist, zu verlängern, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2020.

(4) Abs. 3 gilt nicht für Betroffene, die in Bereichen der kritischen Infrastruktur beschäftigt sind.

(5) Der Dienstgeber mit Ausnahme des Dienstgebers Bund hat Anspruch auf Erstattung des an den Dienstnehmer bzw. Lehrling geleisteten Entgelts sowie der Dienstgeberanteile am Sozialversicherungsbeitrag, Arbeitslosenversicherungsbeitrag und sonstigen Beiträgen durch die Versicherungsanstalt. Der Antrag auf Ersatz ist spätestens sechs Wochen nach dem Ende der Freistellung bei der Versicherungsanstalt einzubringen. Der Bund hat der Versicherungsanstalt die daraus resultierenden Aufwendungen zu ersetzen.

(6) Mit der Vollziehung dieser Bestimmung ist in Bezug auf Abs. 3 und 4 die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend, soweit für Arbeitnehmer nach Art. 11 B-VG die Vollziehung dem Land zukommt, die Landesregierung, jeweils im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, im Übrigen der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz alleine betraut. Die Versicherungsanstalt ist im übertragenen Wirkungsbereich unter Bindung an die Weisungen dieser obersten Organe tätig.“

Artikel 47 **Änderung des Allgemeinen Pensionsgesetzes**

Das Allgemeine Pensionsgesetz – APG, BGBl. I Nr. 142/2004, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 38/2017, wird wie folgt geändert:

Nach § 31 wird folgender § 32 samt Überschrift angefügt:

„Ausnahme vom Wegfall der Alterspension infolge der Coronavirus-Pandemie

§ 32. § 9 Abs. 1 ist auf Antrag der pensionsbeziehenden Person oder aufgrund einer entsprechenden Mitteilung des Dienstgebers nicht auf Zeiträume im Jahr 2020 anzuwenden, in denen eine ab dem 11. März 2020 neu aufgenommene gesundheitsberufliche Erwerbstätigkeit ausschließlich zum Zweck der Bewältigung der Coronavirus-Pandemie aufgenommen und ausgeübt wird.“

Artikel 48 **Änderung des Freiwilligengesetzes**

Das Bundesgesetz zur Förderung von freiwilligem Engagement (Freiwilligengesetz – FreiWG), BGBl. I Nr. 17/2012, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 156/2017 wird wie folgt geändert:

1. § 5 lautet:

§ 5. Dieser Abschnitt regelt zivilrechtliche Aspekte des ordentlichen und des außerordentlichen Freiwilligen Sozialjahres und dessen sonstige Rahmenbedingungen, soweit dies in die Gesetzgebungs- und Vollziehungskompetenz des Bundes fällt, insbesondere für die Zwecke der Sozialversicherung und der Familienbeihilfe.“

2. § 6 lautet:

§ 6. (1) Das Freiwillige Sozialjahr gehört zu den besonderen Formen des freiwilligen Engagements, ist im Interesse des Gemeinwohls und kann nicht im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses absolviert werden. Ziele des ordentlichen Freiwilligen Sozialjahres sind insbesondere die Vertiefung von schulischer Vorbildung, das Kennenlernen der Arbeit in der Einsatzstelle, die Persönlichkeitsentwicklung, die Erweiterung und Anwendung von Kenntnissen zum Erwerb von Fertigkeiten für soziale Berufsfelder, die Berufsorientierung, die Stärkung sozialer Kompetenzen und die Förderung des freiwilligen sozialen Engagements der Teilnehmer/innen.

(2) Sofern im Zusammenhang mit Elementarereignissen, Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs und außerordentlichen Notständen ein Einsatz über die Dauer des ordentlichen Freiwilligen Sozialjahres (§ 7 Abs. 1) hinaus erforderlich ist, kann die bestehende Einsatzvereinbarung verlängert werden oder eine Vereinbarung über ein außerordentliches Freiwilliges Sozialjahr getroffen werden.“

3. § 7 lautet:

§ 7. (1) Die Teilnehmer/innen des ordentlichen Freiwilligen Sozialjahres sind Personen ohne einschlägige abgeschlossene Berufsausbildung nach Vollendung des 17. Lebensjahres – bei besonderer

Eignung nach Vollendung des 16. Lebensjahres – die einmalig eine freiwillige praktische Hilfstätigkeit in der Dauer von sechs bis zwölf Monaten bei einer von einem anerkannten Träger (§ 8) zugewiesenen Einsatzstelle im Inland gemäß § 9 zur Erreichung der in § 6 genannten Ziele ausüben (Ausbildungsverhältnis). Der Einsatz hat sich an Lernzielen zu orientieren und erfolgt unter pädagogischer Begleitung und fachlicher Anleitung, Beaufsichtigung und Verantwortung der jeweiligen Einsatzstelle. Der/die Teilnehmer/in darf nicht mehr als 34 Wochenstunden tätig sein.

(2) Teilnehmer/innen mit aufrechter Einsatzvereinbarung können bei Elementarereignissen, Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs und außerordentlichen Notständen über den in Abs. 1 genannten Zeitraum hinaus verlängert werden. Eine entsprechende Verlängerung des ordentlichen Freiwilligen Sozialjahres ist unabhängig von der vereinbarten Dauer gem. § 12 Abs. 1 Ziff. 3 nur einmalig um maximal weitere sechs Monate möglich und gesondert zu vereinbaren.

(3) Teilnehmer/innen eines außerordentlichen Freiwilligen Sozialjahres können bei Elementarereignissen, Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs und außerordentlichen Notständen im Inland eingesetzt werden, sofern bereits ein freiwilliger Dienst gemäß Abschnitte 2, 3 oder 4 absolviert wurde. Sie können einmalig aufgrund einer Vereinbarung für die Dauer von maximal neun Monaten bei einer von einem anerkannten Träger (§ 8) zugewiesenen Einsatzstelle tätig werden. Der/die Teilnehmer/in darf nicht mehr als 34 Wochenstunden tätig sein. Verpflichtungen gemäß § 8 Abs. 4 Z 2 entfallen.“

4. § 12 Abs. 1 wird vor der Wortfolge „Freiwilligen Sozialjahr“ das Wort „ordentlichen“ eingefügt.

5. In § 12 Abs. 1 wird nach Z 9 folgende Z 10 eingefügt:

„10. Einsatzvereinbarungen gemäß § 7 Abs. 2 sind gesondert zu vereinbaren.“

6. Dem § 12 werden folgende Abs. 3 und 4 angefügt:

„(3) § 12 Abs. 1 Z 8 ist bei Einsatzvereinbarungen gemäß § 7 Abs. 3 nicht anzuwenden.

(4) Einsatzvereinbarungen von Teilnehmer/innen gemäß § 27, die aufgrund von Elementarereignissen, Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs und außerordentlichen Notständen den Dienst im Inland fortsetzen, sind abzuändern.“

7. § 27 Z 1 und Z 2 lautet:

„1. der Gedenk-, Friedens- und Sozialdienst findet an Einsatzstellen im Aus- und Inland statt;

2. bei Elementarereignissen, Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs und außerordentlichen Notständen sind Teilnehmer/innen, die den Dienst im Inland fortsetzen, bei Einsatzstellen gemäß § 9 FreiwG oder bei Einsatzstellen gemäß § 4 ZDG einzusetzen.“

8. Dem § 27a Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Im Falle einer vorzeitigen Rückkehr aufgrund von Elementarereignissen, Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs und außerordentlichen Notständen und der Fortführung des Einsatzes im Inland, können Zuwendungen auch für die Weiterführung im Inland verwendet werden.“

9. Dem § 46 werden folgende Absätze angefügt:

„(6) § 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft. Der Passus „ordentlichen und des außerordentlichen“ in § 5 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

(7) § 6 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft. § 6 Abs. 2 sowie das Wort „ordentlichen“ in § 6 Abs. 1 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

(8) § 7 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft. § 7 Abs. 2 und Abs. 3 sowie das Wort „ordentlichen“ in § 7 Abs. 1 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

(9) § 12 Abs. 1, Abs. 3 und Abs. 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft. § 12 Abs. 3 und Abs. 4, das Wort „ordentlichen“ in Abs. 1 sowie Z 10 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

(10) § 27 Z 1 und 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft; § 27 Z 2 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

(11) § 27a Abs. 1 letzter Satz in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft; § 27a Abs. 1 letzter Satz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.“

Artikel 49 **Änderung des Epidemiegesetzes 1950**

Das Epidemiegesetz 1950, BGBl. 186/1950, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 3 wird folgender § 3a samt Überschrift eingefügt:

„Datenübermittlung im Interesse des Gesundheitsschutzes

§ 3a. (1) Die Bezirksverwaltungsbehörde ist ermächtigt, dem Bürgermeister den Namen und die erforderlichen Kontaktdaten einer von einer Absonderungsmaßnahme nach Epidemiegesetz 1950 wegen COVID-19 betroffenen Person, die in seinem Gemeindegebiet wohnhaft ist, mitzuteilen, wenn und soweit es zur Versorgung dieser Person mit notwendigen Gesundheitsdienstleistungen oder mit Waren oder Dienstleistungen des täglichen Bedarfs unbedingt notwendig ist.

(2) Eine Verarbeitung dieser Daten zu anderen Zwecken ist nicht zulässig.

(3) Der Bürgermeister hat die Daten umgehend unumkehrbar zu löschen, wenn diese für die in Abs. 1 genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind.

(4) Der Bürgermeister hat geeignete Datensicherheitsmaßnahmen zu ergreifen.

(5) § 30 Abs. 5 Datenschutzgesetz, BGBl. I Nr. 165/1999 zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 24/2018, ist im Rahmen dieser Bestimmung nicht anwendbar.“

2. § 6 Abs. 2 lautet:

„(2) Verordnungen der Bezirksverwaltungsbehörden sind in elektronischer Form auf der Internetseite der Behörde kundzumachen; sie können ohne Auswirkung auf die Kundmachung auch in anderer Form veröffentlicht werden, insbesondere durch Anschlag an der Amtstafel der Behörde oder an der Amtstafel der Gemeinden des betroffenen Gebiets.“

3. In § 13 Abs. 5 wird die Wortfolge „solcher Leichen“ durch die Wortfolge „von Leichen mit anzeigepflichtigen Krankheiten behafteter Personen“ ersetzt.

4. Nach § 28a Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Darüber hinaus haben die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes an der Vollziehung dieses Bundesgesetzes und der auf Grund dieses Bundesgesetzes erlassenen Verordnungen mitzuwirken durch

1. Maßnahmen zur Vorbeugung gegen drohende Verwaltungsübertretungen,
2. Maßnahmen zur Einleitung und Sicherung eines Verwaltungsstrafverfahrens und
3. die Ahndung von Verwaltungsübertretungen durch Organstrafverfügungen (§ 50 VStG).“

5. Nach § 43 Abs. 4 wird folgender Abs. 4a eingefügt:

„(4a) Soweit in diesem Bundesgesetz eine Zuständigkeit zur Erlassung von Verordnungen durch die Bezirksverwaltungsbehörde vorgesehen ist, sind Verordnungen, deren Anwendungsbereich sich auf mehrere politische Bezirke oder das gesamte Landesgebiet erstreckt, vom Landeshauptmann zu erlassen. Einer Verordnung des Landeshauptmanns entgegenstehende Verordnungen der Bezirksverwaltungsbehörde treten mit Rechtswirksamkeit der Verordnung des Landeshauptmanns außer Kraft, sofern darin nicht anderes angeordnet ist.“

5a. Nach dem § 45 wird folgender neuer § 46 samt Überschrift eingefügt:

„Militärapotheken

§ 46. Der Bund betreibt im Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung in unmittelbarem und überwiegendem Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben des Bundesheeres gemäß § 2 des Wehrgesetzes 2001 (WG 2001), BGBl. I Nr. 146, Militärapotheken. Die Festlegung der

Zahl und der konkreten Orte, an denen Militär Apotheken eingerichtet werden, hat durch die Bundesministerin oder den Bundesminister für Landesverteidigung auf Grund militärischer Notwendigkeiten zu erfolgen. Auf Errichtung und Betrieb von Militär Apotheken sind die Bestimmungen der §§ 3a Abs. 1, 3b, § 3c, 3d, 3e, 3f, 5, 45a, 66 und 67 des Apothekengesetzes, RGBL. Nr. 5/1907, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, anwendbar. Im Falle eines Einsatzes des Bundesheeres gemäß § 2 Abs. 1 lit. a bis d WG 2001 kann von den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Sanitätsversorgung aus zwingenden Notwendigkeiten abgewichen werden.“

6. Nach § 50 Abs. 6 werden folgende Abs. 7 und 8 angefügt:

„(7) § 6 Abs. 2 tritt mit 1. Februar 2020 in Kraft.

(8) § 3a, § 13 Abs. 5, § 28a Abs. 1a und § 43 Abs. 4a und § 46 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft. § 3a tritt mit Ablauf des 31.12.2020 außer Kraft.“

Artikel 50 **Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetzes**

Das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 – COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl. I Nr. 12/2020, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/2020, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird folgender Satz angefügt:

„Darüber hinaus kann geregelt werden, unter welchen bestimmten Voraussetzungen oder Auflagen Betriebsstätten oder Arbeitsorte betreten werden dürfen.“

2. § 2 wird folgender Satz angefügt:

„Darüber hinaus kann geregelt werden, unter welchen bestimmten Voraussetzungen oder Auflagen jene bestimmten Orte betreten werden dürfen.“

3. Nach § 2a Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben an der Vollziehung dieses Bundesgesetzes und der auf Grund dieses Bundesgesetzes erlassenen Verordnungen mitzuwirken durch

1. Maßnahmen zur Vorbeugung gegen drohende Verwaltungsübertretungen,
2. Maßnahmen zur Einleitung und Sicherung eines Verwaltungsstrafverfahrens und
3. die Ahndung von Verwaltungsübertretungen durch Organstrafverfügungen (§ 50 VStG).“

4. § 2a Abs. 2 lautet:

„(2) Sofern nach der fachlichen Beurteilung der jeweiligen Gesundheitsbehörde im Rahmen der nach Abs. 1 vorgesehenen Mitwirkung für die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes nach der Art der übertragbaren Krankheit und deren Übertragungsmöglichkeiten eine Gefährdung verbunden ist, der nur durch besondere Schutzmaßnahmen begegnet werden kann, so sind die Gesundheitsbehörden verpflichtet, adäquate Schutzmaßnahmen zu treffen.“

5. Dem § 4 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) §§ 1, 2 und § 2a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.“

Artikel 51 **Änderung des Postmarktgesetzes**

Das Postmarktgesetz, BGBl. I Nr. 123/2009, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 78/2018, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 42 Abs. 3 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Beratung und Beschlussfassung im Umlaufweg oder mit Mitteln der Telekommunikation sind zulässig.“

2. Nach § 64 Abs. 6 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) § 42 Abs. 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 23/2020 tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung des genannten Bundesgesetzes in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.“

Van der Bellen

Kurz

FEDERAL LAW

FOR THE REPUBLIC OF AUSTRIA

Born in 2020

Issued April 4, 2020

part One

23 federal law: 3. COVID-19 law

(NR: GP XXVII IA 402 / A AB 115 p. 22. BR: AB 10291 p. 905.)

23rd Federal Act, with which the Financial Market Authority Act, the Guarantee Act 1977, the Economic Ownership Register Act - WiEReG, the Civil Service Act 1986, the SME Promotion Act, the Federal Act on the Establishment of a Hardship Fund, the Labor Market Policy Financing Act, the Employment Contract Law Adjustment Act, the Labor Constitution Act, the Foreign Nationals Employment Act, the Income Tax Act 1988, the Fees Act 1957, the Financial Criminal Law, the Alcohol Tax Act, the School Organization Act, the School Instruction Act, the School Instruction Act for Working People, Colleges and Preparatory Courses, the 1985 School Period Act, the 1985 School Obligation Act, the country and Federal Forestry School Act, the Innovation Foundation Education Act, the Transparency Database Act 2012, the Telecommunications Act 2003, the ABBAG Act, the Family Burdens Equalization Act 1967, the COVID-19 Fund Act, the Federal Tax Code, the Federal Act on Personnel Measures Due to the Modernization of the Tax and Customs Administration, the Federal Act on the Creation of an Anti-Fraud Office, the Tax Administration Organization Act 2010, Article 91 of the Financial Organizational Reform Act, the Financial Penalty Cooperation Act, the Paramedics Act, the Health and Nursing Act, the MTD Act, the Psychotherapy Act, the Physicians Act 1998, the Federal Act on Hospitals and Health Centers, the Medical Devices Act, the Medicines Act, the General Social Insurance Act, the Civil Service Health and Accident Insurance Act, the General Pension Act, the Voluntary Act, the 1950 Epidemic Act, the COVID-19 Measures Act and the Postmarket Act were amended, as well as a federal law granting authorization to dispose of federal assets, a federal law on special university law and funding regulations at universities, universities of teacher education, institutions for the implementation of universities of applied sciences and Universities of Applied Sciences based on COVID-19 (COVID-19 Higher Education Act - C-HG), a federal law on the placing on the market of rapid nasal masks during the Corona COVID-19 pandemic and a federal law on the establishment of a COVID-19 school event failure- Hardship fund (COVID-19 School Cancellation Fund Act) (3rd COVID-19 Act) with which an authorization to dispose of federal assets is issued, a federal law on special university law and funding regulations at universities, universities of teacher education, institutions for the implementation of technical college courses and universities of applied sciences based on COVID-19 (COVID-19 University Act - C-HG), a federal law on the placing on the market of mouth-and-nose fast masks during the Corona COVID-19 pandemic and a federal law on the establishment of a COVID-19 school event cancellation hardship fund (COVID-19 school cancellation fund law) (3rd COVID-19 -Law) with which an authorization to dispose of federal assets is issued, a federal law on special university law and funding regulations at universities, universities of teacher education, institutions for the implementation of technical college courses and universities of applied sciences based on COVID-19 (COVID-19 University Act - C-HG), a federal law on the placing on the market of mouth-and-nose fast masks during the Corona COVID-19 pandemic and a federal law on the establishment of a COVID-19 school event cancellation hardship fund (COVID-19 school cancellation fund law) (3rd COVID-19 -Law) Institutions for the implementation of universities of applied sciences and universities of applied sciences based on COVID-19 (COVID-19 University Act - C-HG), a federal law on the placing on the market of mouth-and-nose fast masks during the Corona COVID-19 pandemic and a federal law on the Establishment of a COVID-19 school event loss hardship fund (COVID-19 school cancellation fund law) (3rd COVID-19 law) Institutions for the implementation of universities of applied sciences and universities of applied sciences based on COVID-19

(COVID-19 University Act - C-HG), a federal law on the placing on the market of mouth-and-nose fast masks during the Corona COVID-19 pandemic and a federal law on the Establishment of a COVID-19 school event loss hardship fund (COVID-19 school cancellation fund law) (3rd COVID-19 law)

The National Council decided:

Article 1

Amendment of the Financial Market Authority Act

The Financial Market Authority Act - FMABG, Federal Law Gazette I No. 97/2001, as last amended by Federal Law Gazette I No. 104/2019, is amended as follows:

1. The following paragraph 13 is added to § 22:

"(13) As far as in the laws mentioned in § 2 paragraphs 1 to 4 or in an ordinance enacted on the basis of the aforementioned laws, deadlines for

1. Notification, reporting, submission and other contribution obligations,

2nd Publications or

3rd other information requirements

are regulated, these can be extended by the FMA upon reasoned application. Insofar as it is reasonable for the applicant, the application must be made by electronic means. If this is expedient in the interest of financial market stability or the administrative economy, the FMA can extend certain deadlines without an application by ordinance and provide more detailed provisions on how to apply. Insofar as deadlines within the meaning of the first sentence are regulated in Union legal acts for which the FMA is the competent authority in accordance with the laws mentioned in § 2 Paragraphs 1 to 4, the FMA can extend these deadlines under the same conditions by ordinance. "

2. The following paragraph 41 is added to Section 28:

"(41) Section 22 (13) in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force on the day following the announcement and expires on December 31, 2020."

Article 2

Amendment of the 1977 Guarantee Act

The Guarantee Act 1977, Federal Law Gazette No. 296/1977, last amended by Federal Law Gazette I No. 111/2010, is amended as follows:

1. The following paragraphs 2a and 2b are inserted after § 1 paragraph 2:

"(2a) The Federal Minister of Finance may also assume obligations in accordance with paragraph 1 in connection with the COVID-19 crisis situation in order to maintain business activity and to bridge a temporary liquidity bottleneck of companies domiciled or with a permanent establishment in Germany. These obligations may only be assumed for guarantees, default guarantees or other hedging transactions of the company which serve to finance a resource requirement which is necessary due to the negative economic effects of the COVID 19 crisis situation. Paragraph 2 no. 2 does not apply. The Federal Minister of Finance is authorized for a period of three months to determine the outstanding total amount of capital plus interest and costs for the assumption of obligations under this paragraph. These obligations are not to be counted towards the total amount according to § 4.

"(2b) Section 3 shall not apply in connection with federal measures in accordance with paragraph 2a."

2. In § 14a, the phrase "in the" Official Gazette of the Wiener Zeitung "" is replaced by "on the homepage of the Federal Ministry of Finance".

3. In § 14a, the third sentence does not apply.

Article 3

Amendment of the Economic Ownership Register Act

The beneficial owner register law - WiEReG, BGBl. I No. 136/2017, last changed by the Federal Law BGBl. I No. 104/2019, is amended as follows:

1. The following paragraphs 3 and 4 are added to Section 18:

"(3) The deadlines for reporting the data in accordance with Section 5 (1) and the deadline for threatening and imposing a coercive sentence in accordance with Section 16 (1) shall be interrupted if the deadlines had not expired by March 16, 2020 or the start of the period runs from March 16, 2020 to April 30, 2020. The deadlines mentioned begin again on May 1, 2020.

(4) The Federal Minister of Finance is authorized by ordinance until December 31, 2020 at the latest

1. to extend the general interruption of time limits specified in paragraph 3 or to provide further general exceptions to the interruption, insofar as this is necessary to prevent and combat the spread of COVID-19

2nd to provide for further provisions to regulate the impact of measures taken to prevent the spread of COVID-19 on the timelines and compliance with deadlines for pending or pending ordinary appeals. Regarding the ordinary legal remedy procedure, he can in particular order the interruption, suspension, extension or shortening of deadlines, exclude consequences of default in the event of failure to meet deadlines, and determine whether and in what way procedural legal disadvantages that may result from missing deadlines or deadlines, held back and those that have already occurred can be eliminated. The interests in continuing these procedures are

2. The following paragraph 7 is added to § 19:

"(4) § 18 Paragraphs 3 and 4 in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 come into force at the end of the day of publication of the aforementioned Federal Law and expire on December 31, 2020."

Article 4

Amendment to the Civil Service Act 1986

The Civil Service Act 1986 - ZDG, Federal Law Gazette No. 679/1986, last amended by Federal Law BGBl. I No. 16/2020, is amended as follows:

1. In § 23a, the following paragraph 6 is added:

"(6) The person subject to community service who performs an extraordinary community service in accordance with § 8a (6) following an ordinary community service is entitled to additional leave of absence to the extent of one working day per month. If an agreement according to Paragraph 3 does not come about, the civil service provider is entitled to the time off work at the end of the last month of his service. "

2. In § 28 Paragraph 6 the phrase "§ 8a and" is omitted .

3. In § 28 Paragraph 7, first sentence, the phrase "can be for administrative processing" is replaced by the phrase "can be replaced by appropriate compensation for administrative processing" .

4. The following sentence is added to Section 28 (7):

"Recognized legal entities are legal entities that have at least one institution recognized in accordance with § 4."

5. In section 28 (8) first sentence, the phrase "to other recognized legal entities" is replaced by the phrase "other recognized legal entities or their institutions" .

6. Paragraph 28 (11) reads:

"(11) The contributions for health and accident insurance to the extent of the benefits provided for under the General Social Insurance Act - ASVG, Federal Law Gazette No. 189/1955, are to be paid by the legal entity entrusted with the administrative processing and to be replaced by the federal government. In this regard, the legal entity entrusted with the administrative processing is considered an employer within the meaning of § 33 ASVG. "

7. In § 76a as amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, the previous text is given the paragraph designation paragraph 1 and the following paragraph 2 is added:

"(2) Section 23a (6) and Section 28 (6), Section 7 first and third sentences, Section 8 first sentence and Section 11 in the version of Federal Law Gazette I No. 23/2020 come into effect with the one following the announcement Day in force and expired on December 31, 2020. "

Article 5

Amendment of the SME Promotion Act

The SME Promotion Act, Federal Law Gazette No. 432/1996, last amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

According to Section 7 (8), the following Section 9 is added:

"(9) As part of an accelerated process for bridging guarantees, the settlement agency can also electronically transmit the contract for its liability (guarantee declaration) to the funding recipient. In this case, the processing agency can sign this guarantee declaration by reproducing the handwritten signature (facsimile). "

Article 6

Amendment of the federal law on the establishment of a hardship fund

The Hardship Fund Act, Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

1. Section 1 (1) reads:

"(1) The subject of the federal funding program for the hardship fund is the creation of a safety network for hardship cases in one-person companies (EPU) including new self-employed and freelance employees according to § 4 para. 4 ASVG, in non-profit organizations (NPO) according to §§ 34 to 47 of the Federal Tax Code (BAO) as well as micro-entrepreneurs according to Recommendation 2003/361 / EG of May 6, 2003, Official Journal No. L 124 of May 20, 2003 p. 0036 - 0041, as natural persons or employed persons Partners who are compulsorily insured in accordance with BSVG / GSVG / FSVG or in insurance of corresponding institutions in the liberal professions caused by the legal and economic consequences of COVID-19. Private landlords of private guest rooms in their own household with a maximum of 10 beds are also eligible, which are not subject to the 1994 Industrial Code. The funding is granted in the form of a grant. "

2. Section 1 (2) reads:

"(2) The Austrian Chamber of Commerce and - as far as the agricultural and forestry businesses and private room renters are concerned - Agrarmarkt Austria are developing the federal funding program for the hardship case fund in the transferred area of responsibility in conjunction with the instructions of the Vice Chancellor (§ 1), the Federal Minister for Digitalization and business location (sections 1 to 3) and the Federal Minister of Agriculture, Regions and Tourism (sections 1 to 3) and the Federal Minister of Finance (sections 1 to 5). In the event of conflicting instructions, agreement must be reached. "

3. The following paragraph 2a is inserted after § 1 paragraph 2:

"(2a) The Austrian Chamber of Commerce can use suitable other legal entities, such as the Chamber of Commerce in the federal states, free of charge to carry out the task assigned to it, provided that the principles of economy, economy and expediency do not conflict with this."

4. Section 1 (3) reads:

"(3) The liquid funds are made available to the Austrian Chamber of Commerce and Agrarmarkt Austria before the subsidy is paid out via the Federal Ministry for Digitalization and Business Location and the Federal Ministry of Agriculture, Regions and Tourism. For this purpose, a maximum of two billion euros will be made available from the COVID-19 crisis management fund. "

5. The following paragraph 3a is inserted after § 1 paragraph 3:

"(3a) The Federal Minister of Finance is authorized, in deviation from Section 1 (3), in agreement with the Vice-Chancellor to adjust the liquid funds from the COVID-19 crisis management fund by ordinance."

5a. In § 1 (4), in the second sentence, after the phrase "agricultural and forestry operations", the phrase "and for private room renters" is inserted.

6. In § 1 paragraph 4, the following sentence is inserted after the second sentence:

"Likewise, the Federal Minister of Finance, in agreement with the Vice Chancellor and the Federal Minister for Digitization and Business Location, has to issue a guideline for the handling of the hardship fund for loss of income at NPOs."

7. In § 2a, the term "Austrian Chamber of Commerce" is replaced by the term "Agrarmarkt Austria" and the term "farmer" by the term "applicant for funding".

8. Paragraph 3 (1) reads:

"(1) The Federal Minister of Finance, the Federal Minister of Agriculture, Regions and Tourism, the umbrella organization of social insurance institutions and the institutions replacing statutory insurance have given the Austrian Chamber of Commerce and Agrarmarkt Austria - taking into account the data protection regulations - on their request using a electronic interface, as far as available, to transmit data that are necessary for determining the amount of the grant and for the purpose of establishing identity, in particular using the social security number. "

9. The following paragraph 1a is inserted after § 3 paragraph 1:

"(1a) The Austrian Health Insurance Fund, the Social Insurance Institution for the Self-Employed and the Insurance Institution for Public Officials, Railways and Mining have to make the necessary data available electronically to the umbrella organization of social insurance institutions."

10. Section 3 (3) first sentence reads:

"The Austrian Chamber of Commerce and Agrarmarkt Austria apply Section 48a BAO to the data accordingly."

10a. The following Section 3a is inserted after Section 3:

§ 3a. Grants in accordance with this federal law are not to be used in determining the contribution bases for social insurance. "

11. Paragraph 4 reads:

§ 4. The Federal Minister of Finance, the Federal Minister of Agriculture, Regions and Tourism as well as the umbrella organization of social security institutions have to create the technical requirements for the data transmission according to §§ 2 and 3. "

12. The text of the previous § 6 is given the paragraph designation "(1)" , the following paragraph 2 is added:

"(2) Section 1 (1) to (4), Section 2a, Section 3 (1), Section 1a and Section 3, Section 3a and Section 4, as amended by Federal Law Gazette I No. 23/2020, take effect on the day following the announcement; Section 1 (3a) will expire on December 31, 2020; the remaining provisions will expire on December 31, 2022. "

Article 7

Amendment of the Labor Market Financing Act

The Labor Market Policy Financing Act (AMPFG), Federal Law Gazette No. 315/1994, last amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

1. The following paragraph 73 is added to § 10:

"(73) Section 13 (1) in the version of the Federal Law Gazette I No. 23/2020 comes into force on March 21, 2020."

2. *Section 13 (1) last sentence reads:*

"The Federal Minister for Family, Work and Youth is authorized, in agreement with the Federal Minister of Finance, to adjust the upper limit of EUR 1,000 million for 2020 by ordinance to the requirements arising from coping with the circumstances resulting from the threat of Covid-19."

Article 8

Amendment of the Law on the Adjustment of Employment Contracts

The Labor Contract Law Adjustment Act, Federal Law Gazette No. 459/1993, last amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

1. *Section 18b (1) reads:*

"(1) If facilities are partially or completely closed due to official measures and an employee whose work is not required to maintain the company is not entitled to leave of absence to look after his child, the employer can give the employee a special care period of up to grant for three weeks, from the time of the official closure of educational institutions and childcare facilities, for the care of children up to the age of 14, for whom there is a duty of care. The same applies

1. if there is an obligation to provide care for people with disabilities who are supervised or taught in a facility for disabled people or a school for people with disabilities or a higher education school, and this facility or training facility or higher school is partly or completely due to official measures is closed, or care for people with disabilities takes place at home due to voluntary measures, or

2nd for relatives of persons in need of care, if their care or support is no longer ensured as a result of the loss of a care worker according to the house care law, Federal Law Gazette I No. 33/2007 or

3rd for relatives of people with disabilities who require personal assistance if personal assistance is no longer ensured as a result of COVID-19.

Employers are entitled to remuneration of one third of the remuneration paid to employees during the special care period by the federal government. The right to remuneration according to the first sentence is capped with the monthly maximum contribution basis according to the General Social Insurance Act, Federal Law Gazette No. 189/1955 and must be asserted at the accounting agency within six weeks of the day the administrative measures are lifted. The regulation also applies to employees who are subject to the agricultural labor regulations of the federal states and, in Vorarlberg, the agricultural and forestry labor law and the agricultural and forestry workers' service law BGBl. No. 280/1980, who are in force at the time this law comes into force. "

2. *The following Z 45 is added to Section 19 (1):*

"45. Section 18b (1) in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force on the day following the announcement and applies until May 31, 2020, with regard to the employer's right to remuneration and its settlement until June 30, 2021. "

Article 9

Amendment of the Labor Constitution Act

The Labor Constitution Act, Federal Law Gazette No. 22/1974, as last amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

1. *Section 170 (1) reads:*

"(1) The period of activity of organs of the company interest representation according to this law as well as the disabled person's trust persons according to § 22a BEinstG, which ends in the period from March 16, 2020 to October 31, 2020, extends until the establishment of a corresponding body of the company interest representation, the has been elected after October 31, 2020 within the deadlines set for this. "

2. *In § 264, paragraph 33, the phrase "1 and" is omitted .*

3. *The following paragraph 34 is added to Section 264:*

"(34) Section 170 (1) and Section 264 (33) in the version of the Federal Law Gazette I No. 23/2020 come into force on the day following the announcement. If the COVID-19 crisis situation persists beyond October 31, 2020, the Federal Minister of Labor, Family and Youth must, by ordinance, extend the final date of October 31, 2020 set out in section 170 (1), but not beyond December 31 2020 out. "

Article 10

Amendment of the Aliens Employment Act

The Foreigners Employment Act (AuslBG), Federal Law Gazette No. 218/1975, as last amended by Federal Law Gazette I No. 104/2019, is amended as follows:

1. *After § 32b, the following § 32c including the heading is inserted:*

"Transitional provision to the COVID 19 crisis situation

Section 32c. (1) Contrary to Section 5 (3) last sentence, for the duration of the COVID 19 crisis situation in the agricultural and forestry sector, employment permits for one and the same seasonal worker who is already in Austria can be used for a total of more than nine months be granted or extended within a period of 12 months. "

2. *The following paragraph 50 is added to § 34:*

"(50) Section 32c in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force on the day following the announcement and expires on June 30, 2020. If the COVID 19 crisis situation persists beyond this point in time, the Federal Minister of Labor, Family and Youth is authorized to postpone the expiry by two months, but not beyond December 31, 2020. "

Article 11

Amendments to the 1988 Income Tax Act

The Income Tax Act 1988, Federal Law Gazette No. 400/1988, last amended by Federal Law Gazette I No. 104/2019, is amended as follows:

The following Z 348 to Z 351 are added to § 124b:

"348. From March 1st, 2020, the following are tax-free:

- a) Grants that are raised from funds from the COVID-19 crisis management fund in accordance with the Federal Act on the Establishment of the COVID-19 Crisis Management Fund - COVID-19-FondsG, Federal Law Gazette I No. 12/2020.
- b) Subsidies from the hardship fund in accordance with the federal law on the establishment of a hardship fund (Hardship Fund Act, Federal Law Gazette I No. 16/2020).
- c) Grants from the Corona Crisis Fund.
- d) Other comparable grants from the federal states, municipalities and legal interest groups that are made to cope with the COVID 19 crisis situation.

349. Section 16 (1) 6 lit. h and section 68 (7) are also applicable in the case of short-time work for COVID 19, teleworking due to the COVID 19 crisis or preventive work due to the COVID 19 crisis.

350.

- a) Allowances and bonus payments that are made due to the COVID-19 crisis are tax-free up to 3,000 euros in calendar year 2020. These must be additional payments that are made exclusively for this purpose and have usually not been made so far. They do not increase the sixth of the year in accordance with Section 67 (2) and are not counted towards the sixth of the year.
- b) Insofar as allowances and bonus payments are not covered by lit. a are recorded, they are taxable according to the tariff.

351. Section 37 (5) (3) second sentence does not apply to the income of taxpayers who in 2020 during the COVID 19 pandemic as doctors according to Section 36b of the Physicians Act 1998, Federal Law Gazette I No. 169/1998 as amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, to work in Austria. "

Article 12

Amendment of the 1957 Fees Act

The Fees Act, Federal Law Gazette No. 267/1957, last amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

1. *The following sentence is added to section 35 (8):*

"Legal transactions that are necessary to carry out the measures in connection with coping with the COVID 19 crisis situation are exempt from the hundreds of fees."

2. *In § 37 Paragraph 41 the phrase "BGBl. I No. 16/2020 " through the phrase " BGBl. I No. 23/2020 " replaced.*

Article 13

Amendment of the Financial Criminal Law

The Financial Criminal Law, Federal Law Gazette No. 129/1958, last amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

1. *Section 265 is amended as follows:*

a) *In paragraph 2, the string "30. June 2020 " with the string " 31. December 2020 " and the string " 1. July 2020 " with the string " 1. January 2021 " replaced.*

b) *In paragraph 2 lit. a, b, d, f, g and h the string "30. June 2020 " with the string " 31. December 2020 " replaced.*

c) *In paragraph 2 lit. a, b and c are each the string "1. July 2020 " with the string " 1. January 2021 " replaced.*

d) *Paragraph 2 lit. e reads:*

"E) As of December 31, 2020, the files that had already been sent to an appeals board fall under the jurisdiction of an appeals board that exists in the city, in which the office of the previously appealed appeals board was located. The business distribution for 2020 decreed according to § 68 before the end of 2019 is valid until December 31, 2020. The business distribution for 2021 can be carried out before January 1, 2021 by the board of directors of the according to § 58 in the version of the Federal Law BGBl. I No. 104/2019 responsible financial criminal authority and must provide that the files already submitted to a board of trustees as of December 31, 2020 are as far as possible assigned to the same persons as chair of the board of trustees, and senates with the same chairperson if the senate is responsible. "

e) *According to paragraph 2 lit. h the following lit. i added:*

"I) If the term "Office for the fight against fraud as a financial criminal authority" or "Customs office Austria as a financial criminal authority" is used in a legal regulation of the federal government, a state or a municipality, this means by the end of December 31, 2020, the institution that in accordance with the Financial Criminal Law Act the version before the Federal Law BGBl. I No. 104/2019 was responsible. "

2. *Section 265a is amended as follows:*

a) *Paragraph 1 reads:*

"(1) The course of the opposition period (Section 145 (1)), the appeal period (Section 150 (2)), the deadline for filing a complaint (Section 150 (4)), the deadline for submitting an application to resume the proceedings (Section 165 (4)), the deadline for submitting an application for reinstatement to the previous status (Section 167 (2)) and the deadline for raising objections to be recorded (Section 56b (3)) is interrupted if the deadline had not expired by the end of March 16, 2020 or the start of the deadline runs from March 16, 2020 to the end of April 30, 2020. The deadlines mentioned begin again on May 1, 2020. "

b) *The following paragraph 3a is inserted after paragraph 3:*

"(3a) If an oral hearing is not held before September 30, 2020 before an Appeals Board (Section 125 (3)) or before a Senate for Financial Criminal Law at the Federal Finance Court (Section 160 (2) and (3)), the Chairman can advise and pass resolutions to the Senate initiate using suitable technical means of communication. The chairman can also replace the advice and decision-making by obtaining the approval of the other members of the Senate for a draft decision by circular means, if none of these members contradicts. "

Article 14 Amendment of the Alcohol Tax Act

The Alcohol Tax Act, Federal Law Gazette No. 703/1994, last amended by Federal Law Gazette I No. 104/2019, is amended as follows:

1. *Section 17 is amended as follows:*

a) *Paragraph 1 reads:*

"(1) Alcohol that is to be used for the purposes specified in § 4 Paragraph 1 Numbers 2, 4, 5 and 8 is to be made unusable for human consumption in accordance with Paragraphs 2 to 5 (denaturation)."

b) *In paragraph 3, the first sentence reads:*

"The customs office can authorize the owner of an alcohol warehouse or a processing plant to carry out certain denaturations themselves on written request."

2. *After § 116k the following § 116l including the heading is inserted:*

“Temporary special regulations for disinfectant production by use companies

§ 116l. (1) The tax will be paid on request if a product for the production of disinfectants has been accepted into a use company (§ 11) and the customs office, in the area of which this company is located, can be proven that

1. for this product in the tax area the tax was paid according to the standard rate and
- 2nd the product was used in the tax area for the beneficiary purposes.

(2) are disinfectants within the meaning of this Federal Act

1. Biocidal products within the meaning of Regulation (EU) No. 528/2012 on the availability on the market and the use of biocidal products, OJ. L 167, 06/27/2012, p. 1, or

2nd comparable disinfectants

for hygienic hand disinfection and surface disinfection, except pure alcohol-water mixtures.

(3) The owner of the farm is entitled to remuneration. Requests for reimbursement are only permitted for full calendar months. If the claim is otherwise lost, they must be submitted by the end of the calendar year following the start of the product. The provisions of section 6 subsections 2 and 3 and section 7 subsection 2 apply mutatis mutandis. To the extent that this does not affect tax matters, the customs office can, upon request to avoid unnecessary administrative burdens, forego some of this information or the connection of certain supplements. "

3. *The following sections 116m and 116n are inserted after section 116l:*

§ 116m. In addition to the provisions of Section 17 (1) in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020, alcohol which is used in the manufacture of disinfectants in accordance with Section 116l (2) is sufficient when it is processed into such a disinfectant looks denounced. Corresponding denunciations may also be carried out without the approval of the customs office itself.

§ 116n. (1) Section 17 (1) and (3) first sentence, Section 116l including the heading and Section 116m, each in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020, come into force on March 1, 2020 and with exception of Section 17 (1) and (3) first sentence in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020 expires on August 31, 2020. The provisions of Section 116l (3) in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020 continue to apply to compensation claims that arose before September 1, 2020.

(2) § 116l including the heading in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 is to be applied to products that were added to the company in question after February 29, 2020. Section 116m in

the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 applies to products according to this provision that were manufactured after January 31, 2020.

(3) In those cases in which the use of untaxed alcohol after 31 January 2020 and before 15 March 2020 is used for the production of disinfectants in accordance with section 116l (2) and only after this production an application in accordance with section 11 (1) or § 13 para. 1, the customs office can retrospectively grant the certificate or the supplement to the certificate on request, at the earliest from February 1, 2020, provided that the intended use is made credible and tax matters are not affected. Section 17 (3) in the version of the Federal Law Gazette I No. 23/2020 applies to such cases.

(4) In those cases in which utility companies submitted tax disinfectants manufactured by them after January 31, 2020 and before April 1, 2020, the tax due on these products will be reimbursed upon request. Section 116l applies mutatis mutandis. "

Article 15 of the Federal Act, which authorizes the disposal of federal assets

§ 1. (1) The Federal Minister of Finance is authorized, in agreement with the Federal Minister for Social Affairs, Health, Care and Consumer Protection and the Federal Minister for Digitization and Business Location for the prevention and control of complaints in accordance with the provisions of the 1950 Epidemic Act, Federal Law Gazette No. 186/1950 Diseases or to ensure the health of the population or special groups of people have the necessary goods or services through distribution, insofar as these were acquired or procured by the Republic of Austria (Federal Government) after March 15, 2020. The disposition can be made subject to conditions and commitments and can be made in whole or in part by assignment free of charge.

(2) Insofar as legal persons, such as regional authorities in particular, have saved their own expenses by distributing goods or services in accordance with Paragraph 1, their purchase value is in any case of claims that are asserted against the federal government by these persons in accordance with the provisions of the 1950 Epidemic Act, to deduct.

Article 16 Amendment of the School Organization Act

The School Organization Act, Federal Law Gazette No. 242/1962, last amended by Federal Law Gazette I No. 86/2019, is amended as follows:

1. *After § 132b, the following § 132c including the heading is inserted:*

"Definition of deadlines and cross-school regulations for the school years 2019/20 and 2020/21 based on measures to combat COVID-19"

§ 132c. (1) With the exception of the provisions of this Federal Act, the Federal Minister of Education, Science and Research for the school years 2019/20 and 2020/21 can by ordinance

1. Define existing deadlines differently and shorten, extend or postpone statutory deadlines,
- 2nd authorize or oblige the school management, in coordination with the teachers teaching the individual subjects, to deviate from the distribution of the educational and teaching tasks and the teaching material in the curricula to the individual school levels or semesters, to arrange remedial teaching, to make the attendance of the subject-related learning period compulsory or to provide supplementary lessons,
- 3rd regulate the use of electronic communication for teaching, performance assessment and assessment,
- 4th For school types, types of schools, schools, school locations, individual classes or groups or parts of these, arrange a location-independent instruction with or without instructed development of teaching material and
5. authorize the school management at vocational schools to provide mandatory exercises instead of compulsory subjects if a reliable assessment would not be possible.

This regulation must specify the statutory provisions, from which a deviation should be made, stating the period of validity and a new regulation and can be applied retrospectively from March 16, 2020.

(2) Supplementary teaching is to be understood as teaching units that are held in addition to the lesson schedule prescribed in order to deal with teaching material that has not been dealt with in the schedule or that has been developed in a non-location-specific manner. Supplementary and remedial classes can be carried out by teachers or student teachers throughout the school year. Participation in this lesson can be regulated as voluntary or mandatory for individual students.

(3) Non-local teaching includes teaching material and supporting students using electronic means of communication, the provision of which is supported by the Federal Ministry of Education, Science and Research (guided development) without the physical presence of a large number of students at the same time Place."

2. *In § 131 the following paragraph 41 is added:*

"(41) Section 132c including the title in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force retrospectively on March 1, 2020."

Article 17

Amendment of the School Education Act

The School Teaching Act, Federal Law Gazette No. 472/1986, last amended by Federal Law Federal Law Gazette I No. 13/2020, is amended as follows:

1. *After § 82l, the following § 82m including the heading is inserted:*

"Definition of deadlines and cross-school regulations for the school years 2019/20 and 2020/21 based on measures to combat COVID-19"

§ 82m. (1) With the exception of the provisions of this Federal Act, the Federal Minister of Education, Science and Research for the school years 2019/20 and 2020/21 can by ordinance

1. Define existing deadlines differently and shorten, extend or postpone statutory deadlines,
- 2nd authorize or oblige the school management, in coordination with the teachers teaching the individual subjects, to deviate from the distribution of the educational and teaching tasks and the teaching material in the curricula to the individual school levels or semesters, to arrange remedial teaching, to make the attendance of the subject-related learning period compulsory or to provide supplementary lessons,
- 3rd regulate the use of electronic communication for holding conferences, teaching and assessing and assessing performance,
- 4th regulate performance assessment and assessment for types of school, types of school, schools, school locations, individual classes or groups or parts of these in non-location-specific teaching and
5. authorize or oblige the school management to partially or completely reduce the time of the lesson in certain subjects to parts of the lesson year.

This regulation must specify the statutory provisions, from which a deviation should be made, stating the period of validity and a new regulation and can be applied retrospectively from March 16, 2020.

(2) Supplementary teaching is to be understood as teaching units that are held in addition to the lesson schedule prescribed in order to deal with teaching material that has not been dealt with in the schedule or that has been developed in a non-location-specific manner. Supplementary and remedial classes can be carried out by teachers or student teachers throughout the school year. Participation in this lesson can be regulated as voluntary or mandatory for individual students.

(3) Non-local teaching includes teaching material and supporting students using electronic means of communication, the provision of which is supported by the Federal Ministry of Education, Science and Research (guided development) without the physical presence of a large number of students at the same time Place."

2. *The following paragraph 16 is added to Section 82:*

"(16) Section 82m including the title in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force retrospectively on March 1, 2020."

Article 18

Amendment of the School Education Act for working people, colleges and preparatory courses

The School Teaching Act for Working People, Colleges and Preparatory Courses, Federal Law Gazette I No. 33/1997, last amended by Federal Law Federal Law Gazette I No. 13/2020, is amended as follows:

1. After § 72a, the following § 72b including the heading is added:

"Definition of deadlines and cross-school regulations for the school years 2019/20 and 2020/21 based on measures to combat COVID-19"

Section 72b. With the exception of the provisions of this Federal Act, the Federal Minister of Education, Science and Research for the school years 2019/20 and 2020/21 can by ordinance

1. Define existing deadlines differently and shorten, extend or postpone statutory deadlines,
- 2nd authorize the school management, in coordination with the teachers teaching the individual subject matter, to deviate from the distribution of educational and teaching tasks and teaching material to the individual school levels and semesters in the curricula,
- 3rd regulate the use of electronic communications for holding conferences, teaching, and assessing and evaluating performance, and
- 4th For school types, types of schools, schools, school locations, individual classes or groups or parts of these, arrange a location-independent lesson with or without instructed preparation of the teaching material.

This ordinance must state the statutory provisions from which a deviation should be made, stating the period of validity and a new regulation, and can be put into effect retrospectively on March 16, 2020. "

2. The following paragraph 17 is added to § 69:

"(17) Section 72b including the heading in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force retrospectively on March 1, 2020."

Article 19

Amendment to the 1985 School Time Act

The School Law 1985, Federal Law Gazette No. 77/1985, last amended by Federal Law BGBl. I No. 49/2019, is amended as follows:

1. After § 16d, the following § 16e including the heading is inserted:

"Definition of deadlines and cross-school regulations for the school years 2019/20 and 2020/21 based on measures to combat COVID-19"

§ 16e. With the exception of the provisions of this Federal Act, the Federal Minister of Education, Science and Research for the school years 2019/20 and 2020/21 can by ordinance

1. Define existing cut-off dates differently and shorten, extend or postpone statutory periods including those specified in the basic provisions of Section II and
- 2nd Suspend or cancel school-leaving declarations in accordance with Section 10 (5a) and increase the number of lessons per day in Section 10 (8) to a maximum of 10.

This ordinance must state the statutory provisions from which a deviation should be made, stating the period of validity and a new regulation, and can be put into effect retrospectively on March 16, 2020. "

2. The following paragraph 15 is added to § 16a:

"(15) § 16e including the heading in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force retrospectively on March 1, 2020."

Article 20

Amendment to the 1985 School Obligation Act

The compulsory schooling law 1985, BGBl. 76/1985, last amended by the Federal Law BGBl. I No. 86/2019 and by the Federal Ministries Act 2020, BGBl. I No. 8/2020, is amended as follows:

1. *After § 28a, the following § 28b including the heading is inserted:*

"Definition of deadlines and cross-school regulations for the school years 2019/20 and 2020/21 based on measures to combat COVID-19"

§ 28b. With the exception of the provisions of this Federal Act, the Federal Minister of Education, Science and Research for the school years 2019/20 and 2020/21 can by ordinance

1. Define existing deadlines differently and shorten, extend or postpone statutory deadlines,
- 2nd regulate a justified absence and the introduction of the less teaching time for apprentices of certain apprenticeships in companies that contribute to the maintenance of the critical infrastructure
- 3rd regulate the use of electronic communication for the organization of conferences, teaching and performance assessment and assessment including proof of sufficient success.

This regulation must state the period of validity and a new regulation stipulate the statutory provisions from which there should be deviations and be effective retrospectively from March 16, 2020. "

2. *The following paragraph 26 is added to Section 30:*

"(26) Section 28b including the title in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force retrospectively on March 1, 2020."

Article 21

Amendment to the Federal School of Agriculture and Forestry Law

The Federal Agriculture and Forestry School Act, Federal Law Gazette No. 175/1966, last amended by Federal Law BGBl. I No. 101/2018 and by the Federal Ministries Act 2020, Federal Law Gazette I No. 8/2020, is amended as follows:

1. *After § 41, the following § 42 including the heading is added:*

"Definition of deadlines and cross-school regulations for the school years 2019/20 and 2020/21 based on measures to combat COVID-19"

Section 42. With the exception of the provisions of this Federal Act, the Federal Minister of Education, Science and Research for the school years 2019/20 and 2020/21 can by ordinance

1. Set existing deadlines differently and shorten, extend or relocate statutory deadlines and
- 2nd authorize the school management, in coordination with the teachers teaching the individual subject matter, to deviate from the distribution of educational and teaching tasks and teaching material to the individual school levels in the curricula,
- 3rd regulate the use of electronic communication for teaching and performance assessment and assessment and
- 4th For individual classes or groups or parts of these, arrange a location-independent lesson with or without guided work on the subject matter.

This ordinance must state the statutory provisions from which a deviation should be made, stating the period of validity and a new regulation, and can be put into effect retrospectively on March 16, 2020. "

2. *The following paragraph 15 is added to § 35:*

"(15) Section 42 including the heading in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force retrospectively on March 1, 2020."

Article 22

Amendment of the Innovation Foundation Education Act

The Innovation Foundation Education Act, Federal Law Gazette I No. 28/2017, as last amended by the Data Protection Adjustment Act - Science and Research 2018, Federal Law Gazette I No. 31/2018, is amended as follows:

1. After § 18, the following § 18a is inserted together with the heading:

"Measures to combat COVID-19"

§ 18a. (1) Projects may also be funded if

1. funding is not competitive (§ 2) or
 - 2nd the projects to be funded are not innovative (§ 2) or
 - 3rd the projects to be funded do not correspond to the lines of action in accordance with Section 3 (2).
- (2) Projects according to paragraph 1 have in particular the criteria
1. the quality and relevance,
 - 2nd the practical orientation as well
 - 3rd the inclusion orientation.
- (3) As funding for projects in accordance with paragraph 1
1. Means, the use of which has not yet been approved in accordance with Section 10 (10) (1), or
 - 2nd Funds that are made available in accordance with Section 4 (1) for projects in accordance with Section 1
- be distributed.

(4) Notwithstanding Section 10 (10) 1 lit. a and § 13 para. 4 no.3 lit. c The Board of Trustees decides on a well-founded proposal by the Board of Trustees.

(5) In deviation from Section 10 (10) (6), calls for projects pursuant to Section 1 may also take place outside of action lines and three-year programs.

(6) Deviating from Section 10 Paragraph 13, circulation resolutions are in any case permissible. "

2. The following paragraphs 5 and 6 are added to Section 21:

"(5) Section 18a in the version of the 3rd COVID-19 Act, Federal Law Gazette I No. 23/2020, comes into force at the end of the day of publication in the Federal Law Gazette.

(6) Section 18a will expire on September 30, 2020. "

Article 23

Federal Act on Higher Education Law and Special Provisions for Universities, Universities of Teacher Education, Institutions for the Implementation of University of Applied Sciences Courses and Universities of Applied Sciences Based on COVID-19 (COVID-19 Higher Education Act - C-HG)

Special study law provisions at universities and universities of teacher education

§ 1. In deviation from the provisions of the University Act 2002 - UG, Federal Law Gazette I No. 120/2002, and the University Law 2005 - HG, Federal Law Gazette I No. 30/2006, the Federal Minister of Education, Science and Research for the summer semester 2020 and regulate the winter semester 2020/21 by regulation:

1. Special regulations for the entry into force of curricula for the academic year 2020/21, which differ from Section 58 (6) UG and Section 42 (6) HG;
- 2nd a division of the academic year deviating from § 52 UG and § 36 HG, including the stipulation of the lecture-free time;
- 3rd a regulation regarding payment of the course fee that deviates from section 56 (3) UG and section 70 HG and a maximum duration of study that deviates from section 56 (5) UG and section 39 (6) HG;
- 4th Admission periods deviating from sections 61 et seq. of the UG and sections 51 et seq. HG (general admission period, grace period, special admission period);
5. deadlines for reporting the continuation of studies that differ from § 62 UG and § 55 HG;
6. a regulation deviating from section 63 (11) UG regarding the passing of the supplementary examination in the artistic studies at the latest before the registration of the continuation of the study for the third semester;

- 7. a regulation deviating from section 65b (1) UG and section 52h (1) HG regarding the period for inspection of the assessment documents and the evaluation reports;
- 8th. Regulations deviating from § 66 UG and § 41 HG for the study entry and orientation phase regarding the period of execution, the setting of examination dates and the advance of further courses;
- 9. Special regulations for a leave of absence according to § 67 UG and § 58 HG, in particular regarding an early termination of the leave of absence for reasons worthy of special consideration;
- 10th a regulation deviating from Section 68 (2) UG regarding the deadline for the termination of studies;
- 11. Regulations for courses and examinations deviating from sections 58 and 76 UG and sections 42 and 42a HG, in particular with regard to the course and implementation of courses and examinations;
- 12th a period of time deviating from section 77 (1) UG and section 43a (1) HG for repeating examinations that have been assessed as positive
- 13. a decision period for recognition applications that deviates from section 78 (10) UG and section 56 (10) HG;
- 14. a regulation deviating from section 79 (2) UG and section 44 (2) HG regarding the public conduct of examinations;
- 15. Special regulations regarding the submission and assessment of bachelor, diploma and master theses, artistic diploma and master theses and dissertations and artistic dissertations;
- 16. a period for the awarding of the academic degree or academic title that deviates from Section 87 (1) UG and Section 65 (1) HG;
- 17th a deadline for nostrification deviating from Section 90 (3) UG and Section 68 (3) HG;
- 18th Determining reasons for waiving or reimbursing tuition fees for the summer semester 2020;
- 19th Establishing transition periods for courses and courses that expire in the summer semester 2020 or in the winter semester 2020/21;
- 20th Determination that the assessment of previous school performance can be used in the context of aptitude, admission and selection procedures.

Special study law provisions at institutions for the implementation of universities of applied sciences and universities of applied sciences

§ 2. In deviation from the provisions of the FHHG, Federal Law Gazette No. 340/1993, the Federal Minister of Education, Science and Research can regulate for the summer semester 2020 and the winter semester 2020/21:

- 1. a period of proof of the required additional examinations that deviates from Section 4 (8) FHStG;
- 2nd a regulation deviating from § 9 Para. 4 FHStG regarding the payment of the course fee;
- 3rd Regulations on examinations that deviate from § 13 paragraphs 1, 3 and 4 FHStG, in particular with regard to the timing, the procedure and the implementation;
- 4th Regulations deviating from Section 13 Paragraphs 6 and 7 FHStG regarding the period of inspection of the examination protocols and the assessment documents;
- 5. Interruption regulations deviating from § 14 FHStG;
- 6. a regulation deviating from section 15 (1) FHStG regarding the public conduct of oral examinations;
- 7. a period for issuing certificates that deviates from section 17 (4) FHStG;
- 8th. a regulation deviating from § 18 Paragraph 4 FHStG regarding the repetition of a study year;
- 9. Special regulations regarding the submission and assessment of bachelor, diploma and master theses;
- 10th Determination that the assessment of previous school performance can be used in the course of admission procedures.

Special provisions for the recognition of certain activities

§ 3. Activities related to COVID-19 in the interest of public security, preventive healthcare, education or security of supply can include 4 ECTS credit points per month for studies at universities, teacher training colleges and in technical college courses

1. as freely selectable courses, provided that these are provided in the curriculum, or
 - 2nd for modules or courses marked accordingly in the curriculum in accordance with Section 31 (3) of the University Students Act 2014, Federal Law Gazette I No. 45/2014, or
 - 3rd as internships, insofar as these activities are comparable to the internships required in the curriculum,
- be acknowledged.

Special regulations for the promotion of student grants

§ 4. For grants in accordance with the Student Funding Act 1992 - StudFG, Federal Law Gazette No. 305/1992, in which the study success required to avoid loss of entitlement or a repayment obligation is due to the restrictions of study and examination operations at universities to combat the spread of COVID-19 through no fault of the or the student cannot be provided, the Federal Minister of Education, Science and Research can, by ordinance, take suitable measures to avoid hardship, in particular suspending the right to study allowance due to the predominant disability in the course of study, extending the deadline for proving the success of the study or a reticle of the recovery.

Special provisions for time-dependent rights

§ 5. In deviation from the provisions of the UG, the HG, the FHStG and Section 5a (7) of the Student Housing Act, Federal Law Gazette No. 291/1986, the Federal Minister of Education, Science and Research can regulate that the summer semester 2020 for time-dependent Rights, in particular with regard to the obligation to pay tuition fees and the maximum permissible length of leave or breaks are not taken into account.

Special regulations for research projects at universities

§ 6. In deviation from Section 109 (2) last sentence UG, from March 16, 2020, employment relationships of employees who are employed in the context of third-party funded projects or research projects cannot be completed due to measures to prevent the spread of COVID-19, to complete the third-party funded projects or research projects and publications, be extended once for a limited period or newly concluded for a limited period, whereby a period of 12 months may not be exceeded.

Come into effect

§ 7. This federal law comes into force at the end of the day of publication in the federal law gazette.

Expire

§ 8th. With the exception of Sections 4 and 5, this federal law will expire on September 30, 2021. Ordinances under this federal law can be issued no later than June 30, 2021.

Article 24

Amendment to the Transparency Database Act 2012

The Federal Act on a Transparency Database (Transparency Database Act 2012 - TDBG 2012), Federal Law Gazette I No. 99/2012, as last amended by Federal Law Federal Law Gazette I No. 104/2019, is amended as follows:

1. *In the heading of Section 7, the words "and final provisions" are omitted .*
2. *After the 7th section, the following new section 7a is inserted, including the heading:*

“Section 7a

special arrangements related to coping with the COVID 19 crisis

Section 39a. (1) For all services that are provided to cope with the COVID 19 crisis, service offers must be created immediately and notifications made (Section 25 (1)).

(2) This also applies to notifications of benefits to beneficiaries and if the query of existing databases would be provided in accordance with Section 23 (1).

Section 39b. You must also create your own range of services if an existing range of services is increased. The description of the range of services in the transparency database has to begin with the

words "COVID-19". All notices regarding services to deal with the COVID 19 crisis have to be made exclusively on the newly created service offers. Deviating from the expiry regulation (§ 43 paragraph 6) notifications and - for repaid services - negative notifications must also be made later.

Section 39c. (1) In addition to the types of benefits pursuant to Section 4 (1), the following types of benefits are introduced:

1. Expenses for money loans (credits and loans)
- 2nd Expenses for other monetary contributions, unless they are grants according to § 8
- 3rd Liability, guarantees, guarantees assumed
- 4th Benefits in kind not mentioned in Section 11 (1)
5. all other services related to coping with the COVID-19 crisis.

(2) Notifications are also to be made regarding the range of services of these types of services.

(3) The entry into force "1. July 2020" in section 43 (5) no. 2, so that the notifications must conform to the structure standardized in section 25 (1) 3a, 3b and 3c.

§ 39d. For services according to § 39c must be specified

1. granted cash loans and other cash grants at nominal value
- 2nd Guarantees, sureties and guarantees assumed with the guaranteed commitment or with the gross subsidy equivalent within the meaning of Article 2 (22) of Regulation (EU) No. 651/2014 (COMMISSION REGULATION (EU) No. 651/2014 of 17 June 2014) determining the compatibility of certain categories of aid with the internal market in application of Articles 107 and 108 of the Treaty on the Functioning of the European Union)
- 3rd in-kind contributions made at cost
- 4th the other services with appropriate amounts.

Section 39e. Section 42 (2) second sentence is not applicable. "

3. *After the new section 7a, the following new 8th section including the heading is inserted:*

**"8th.
Final Provisions
Section**

4. *Sections 40 to 43, together with the headings, are removed from section 7 and become the content of the new section 8.*

5. *In Section 42, the following Section 3 is added after Section 2:*

"(3) Each federal minister is entrusted with the implementation of section 7a in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020 according to the respective responsibility."

6. *In Section 43, the following Section 7 is added after Section 6:*

"(7) The regulations of the Federal Law, Federal Law Gazette I No. 23/2020, come into force at the end of the day of publication. Section 7a (Sections 39a to 39e) will expire on December 31, 2021. Notifications and negative notifications (§ 39b) must also be made later. "

**Article 25
Amendment to the Telecommunications Act 2003**

The federal law, with which a telecommunications law is enacted (telecommunications law 2003 - TKG 2003), Federal Law Gazette I No. 70/2003, last amended by Federal Law Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

1. *In accordance with Section 119 (3), the following Section 4 is added:*

"(4) Advice and decision-making in circulation or by means of telecommunications are permitted."

2. *Section 137 (14) is amended and reads:*

"(14) § 98a and § 109 Paragraph 3 No. 17a in the version of the Federal Law BGBl. I No. 16/2020 come into force on March 22, 2020 and expire on December 31, 2020; they apply to acts committed after March 21, 2020. "

3. *In accordance with Section 137 (14), the following Section 15 is added:*

"(15) Section 119 (4) in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020 shall come into force at the end of the day on which the aforementioned Federal Law is announced and will expire on December 31, 2020."

Article 26

Amendment of the ABBAG Act

The Federal Law on the Establishment of a Federal Shareholding Participation Company (ABBAG Act), Federal Law Gazette I No. 51/2014, as last amended by Federal Law Gazette I No. 12/2020, is amended as follows:

1. *In Section 3 Paragraphs 1 and 2, the term "Federal Chancellor" is replaced by the term "Vice Chancellor" ; in § 3b para. 3, in the first set of the word sequence "Federal Ministry of Finance," the phrase "in agreement with the Vice Chancellor" inserted.*

2. *The text of the previous Section 6a is renamed "(1)" and the reference to "Section 2a" is changed to "Section 2 (2a)".*

3. *The following paragraph 2 is added after section 6a (1):*

"(2) By order of the Federal Minister of Finance, the COVID-19 Financing Agency of the Federal GmbH (COFAG) was founded in accordance with Section 2 (2a) and the latter was entrusted with the provision of services and financial measures in accordance with Section 2 (2) (7). The federal government equips COFAG so that it is able to provide capital and liquidity-supporting measures that have been transferred to it in accordance with Section 2 (2) (7) up to a maximum of EUR 15 billion and to meet its financial obligations . "

Article 27

Amendment of the Family

Burdens Equalization

Act 1967

The Family Burden Equalization Act 1967, Federal Law Gazette No. 376/1967, last amended by Federal Law BGBl. I No. 104/2019, is amended as follows:

1. *At the end of sections 5 (1) and 6 (3), the period is replaced by a comma and the following lit. e added:*

"E) Flat-rate compensation in accordance with Section 36 (1) of the Army Fee Act 2001, which is granted for extraordinary civilian service in accordance with Section 34b in conjunction with Section 21 (1) of the Civilian Service Act 1986 or the duty presence service in accordance with Section 19 (1) (5) of the 2001 Military Act. "

2. *Section 38a (3) reads:*

"(3) Recipients of benefits can only be Austrian citizens, persons with citizenship of an EU member state, stateless persons with exclusive residence in the federal territory, refugees according to the Asylum Act 2005 in the current version, which will probably remain permanently in the federal territory, as well as third-country nationals."

3. *In § 38a, the following paragraphs 5 to 8 are added:*

"(5) Family hardship compensation will be provided with a one-off payment of 30 million euros from the family burden compensation fund. These funds are intended to provide families with children

with quick and unbureaucratic financial support to deal with additional expenses due to the pandemic effects.

(6) In agreement with the Federal Minister for Social Affairs, Health, Nursing and Consumer Protection, the Federal Minister for Work, Youth and Family must determine in more detail under which conditions these federal funds can be used. The guideline must contain the following points in particular:

1. Legal bases, goals,
- 2nd the subject of the financial contribution,
- 3rd the personal and factual requirements for obtaining a financial contribution,
- 4th the extent and nature of the payment in kind or in cash,
5. the procedure
6. the period of validity.

(7) Notwithstanding paragraph 3, due to the extraordinary COVID-19 crisis situation, those with subsidiary protection rights according to § 8 Asylum Act 2005 in the current version should also be able to receive a financial contribution on the basis of the directive to be issued.

(8) The Länder can also be entrusted with the appropriate compensation of their administrative expenses for the effective implementation of the goals of these financial contributions. Data protection regulations are particularly noteworthy. "

4. *The following paragraph 43 is added to § 55:*

"(43) Sections 5 (1) and 6 (3) in the version of the Federal Law Gazette I No. 23/2020 are only applicable with reference to the calendar year 2020."

5. *The following paragraph 45 is added to § 55:*

"(45) Section 38a (3) and 5 to 8 in the version of the Federal Law Gazette I No. 23/2020 come into force on the day following the publication of this Federal Law."

Article 28

Federal Act on the Marketing of Oral Nose Rapid Masks During the Corona COVID-19 Pandemic

§ 1. (1) No certification according to the Medical Devices Act - MPG, Federal Law Gazette No. 657/1996, in the currently applicable version, or the Machine Market Placement and Notification Act - MING, Federal Law Gazette I No. 77 / 2015, in the currently applicable version, required.

(2) A notice must be attached to the withdrawal point at the sales department that the quick-action face mask is not nationally certified and is not medically or otherwise tested.

§ 2. (1) This Federal Act comes into force on the day of publication in the Federal Law Gazette.

(2) This Federal Act shall expire three months after its entry into force.

Article 29

Amendment of the COVID-19 Fund Act

The COVID-19-FondsG, BGBl. I No. 12/2020, is amended as follows:

1. *In § 2, the phrase "four billion euros" is replaced by "28 billion euros" .*

2. *In § 3 paragraph 1, the point at the end of line 7 is replaced by a semicolon and the following line 8 is added:*

"8th. Measures to stabilize companies' liquidity. "

3. *The text of the previous § 4 is given the paragraph designation "(1)" ; the following paragraph 2 is added:*

"(2) Section 2 and Section 3 (1) 7 and 8, as amended by Federal Law Gazette I No. 23/2020, shall enter into force on the day following the announcement and expire on December 31, 2020."

Article 30

Federal Act on the Establishment of a COVID-19 School Event Loss Hardship Fund (COVID-19 School Cancellation Fund Act)

Establishment of the school event loss hardship fund

§ 1. With this federal law, the school event loss hardship fund (in the further fund) is established without its own legal personality. It is administered by the Federal Minister of Education, Science and Research.

Purpose of the fund

§ 2. The Fund's task is to reimburse the costs incurred by schoolchildren or their legal guardians that have arisen from the prohibition of favored school events.

Favored school events

§ 3. (1) School events or school community committees for the implementation in the period from March 11, 2020 to the end of the school year 2019/20, which were or should have been related to an overnight stay, can be decided by the school management, the school authorities or the responsible person Federal ministers will be banned for impracticability if

1. Unavoidable and extraordinary circumstances occur at the location of the school event that significantly impair the implementation or travel to the event location or pose a health risk to participants or third parties, or
- 2nd due to unavoidable and exceptional circumstances, teaching work and performance assessment would no longer be guaranteed before the end of the teaching year or
- 3rd a case of § 2 Paragraph 7 School Time Act existed.

(2) School events that were prohibited according to paragraph 1 are privileged school events according to § 2.

Compensable costs

§ 4. (1) Costs are reimbursable for the persons mentioned in § 2 for travel (including climbing aids), overnight stays, meals, admissions, courses, lectures, working materials, the loan of objects and additional special compensation or flat-rate compensation from the tour operator, which is due to these persons a withdrawal from the trip before the start of the trip due to the prohibition of the school event arose from a contractual obligation.

(2) Costs in accordance with paragraph 1 are only reimbursable if

1. no mutually agreed arrangement could be reached with the contractual partners, in particular by moving the school event to another date free of charge,
- 2nd the package travel law is not applicable or a compensation obligation arises under the package travel law due to a withdrawal before the package tour begins and
- 3rd the information about the prohibition to the contractual partners who request special compensation was given immediately.

completion

§ 5. The Federal Minister of Education, Science and Research, in agreement with the Federal Minister of Finance, sets out the more detailed rules on processing, in particular the allocation of funds, the selection of a processing agency and payment modalities, in agreement with the Federal Minister of Finance.

Exemption from fees

§ 6. The legal transactions required to carry out the tasks of the fund are exempt from the fees according to the Fee Act 1957, Federal Law Gazette No. 267, as amended from time to time.

Entry into force and expiry

§ 7. This federal law comes into force on the day following the announcement and expires on December 31, 2020.

Execution

§ 8th. The Federal Minister of Education, Science and Research is entrusted with the implementation.

Article 31 Amendment of the Federal Tax Code

The Federal Tax Code, Federal Law Gazette No. 194/1961, most recently amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

1. Section 323 is amended as follows:

a) In paragraph 63, the date "1. July 2020" through the date "1. January 2021" and the date "30 June 2020" through the date "31 December 2020" replaced.

b) Paragraph 64 does not apply.

2. After § 323d, the following § 323e including the heading is inserted:

"Transitional provisions in connection with the postponement of the financial organizational reform 2020"

Section 323e. (1) If the term "Finanzamt Österreich", "Finanzamt für Großbetriebe", "Zollamt Österreich" or "Büro für Fraudbekämpfung" is used in a legal regulation of the federal government, a state or a municipality, this includes until the end of December 31, 2020 to understand that facility that is due

- of this federal law in the version before the federal law BGBl. I No. 104/2019 or
- of the Tax Administration Organization Act 2010, Federal Law Gazette I No. 9/2010, as amended before the Federal Law Gazette I No. 104/2019 or
- the regulation of the Federal Minister of Finance for the implementation of the Tax Administration Organization Act 2010, Federal Law Gazette II No. 165/2010, as amended before the Federal Law Gazette I No. 104/2019 or
- another federal law amended by Federal Law BGBl. I No. 104/2019 in its version before Federal Law BGBl. I No. 104/2019

was responsible.

(2) Attachments for the treatment of which a tax office is responsible can also be effectively introduced using the designation "Finanzamt Österreich" or "Finanzamt für Großbetriebe". Attachments for the treatment of which a customs office is responsible can also be brought in effectively using the designation "Customs Office Austria".

Article 32 Amendment of the Federal Law on Personnel Measures Due to the Modernization of the Tax and Customs Administration

The Federal Act on Personnel Measures Due to the Modernization of the Tax and Customs Administration, Federal Law Gazette I No. 104/2019, is amended as follows:

In § 2 the date "30. June 2020" through the date "31 December 2020" and the date "1. July 2020" through the date "1. January 2021" replaced.

Article 33 Amendment to the Federal Law on the Creation of an Anti-Fraud Office

The Federal Law on the Creation of an Anti-Fraud Office, Federal Law Gazette I No. 104/2019, is amended as follows:

Section 8 (1) reads:

"(1) This federal law comes into force on January 1, 2021."

Article 34

Amendment of the Tax Administration Organization Act 2010

The Tax Administration Organization Act 2010, Federal Law Gazette I No. 9/2010, last amended by Federal Law Gazette I No. 104/2019, is amended as follows:

Section 33 reads:

§ 33. This federal law will expire on December 31, 2020. "

Article 35

Amendment to Article 91 of the Financial Organizational Reform Act

Article 91 of the Financial Organizational Reform Act, Federal Law Gazette I No. 104/2019, is amended as follows:

§ 1 does not apply.

Article 36

Amendment of the Financial Criminal Cooperation Act

The Financial Criminal Cooperation Act, Federal Law Gazette I No. 105/2014, as last amended by Federal Law Gazette I No. 104/2019, is amended as follows:

In Section 24a (1) the paragraph designation "Par. 1 " and the string " 1. July 2020 " with the string " 1. January 2021 " replaced.

Article 37

Amendment of the Medic Act

The Sanitary Act, Federal Law Gazette I No. 30/2002, most recently amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

The following paragraph 9 is added to Section 64:

"(9) Section 9 (1) (3a), Section 14 (4), Section 26 (4) and Section 43 (3) in the version of the Federal Law Gazette I No. 16/2020 apply only in the context of combating the spread the pathogen SARS-CoV-2 (COVID-19); Permissions based on these provisions still exist, at the latest until the end of March 31, 2021. The period from March 22, 2020 to March 21, 2021 is not included in the deadlines for maintaining professional and professional rights. "

Article 38

Amendment of the Health and Nursing Act

The Health and Nursing Act, BGBl. I No. 108/1997, last amended by the Federal Law BGBl. I No. 16/2020, is amended as follows:

1. *In § 3a para. 7 the expression "para. 1 Z 1 " by the expression " para. 1 Z 2 " replaced.*

2. *The following paragraph 3a is inserted after § 17 paragraph 3:*

"(3a) For the duration of a pandemic, the period of five years in accordance with paragraph 3 is inhibited. Furthermore, members of the profession who have already carried out activities in a specialization in accordance with Paragraph 2 for up to five years and have not successfully completed the corresponding special training or specialization are entitled for the duration of a pandemic to carry out activities of this specialization that go beyond the competencies in accordance with sections 14 to 16 to exercise. "

3. *The following paragraph 33 is added to § 117:*

"(33) Section 3a (7) and Section 17 (3a) in the version of the Federal Law Gazette I No. 23/2020 and Section 27 (3) and Section 85 (2) in the version of the Federal Law Gazette I No. 16/2020 apply only in the context of combating the spread of the pathogen SARS-CoV-2 (COVID-19); Permissions based on these provisions still exist, at the latest until the end of March 31, 2021. "

Article 39

Amendment of the MTD law

The Federal Act on the Regulation of Superior Medical and Technical Services (MTD Act), Federal Law Gazette No. 460/1992, as last amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

The following paragraph 25 is added to Section 36:

"(25) Section 3 (7) and Section 4 (5) in the version of the Federal Law Gazette I No. 16/2020 apply only in the context of combating the spread of the pathogen SARS-CoV-2 (COVID-19); Permissions based on these provisions still exist, at the latest until the end of March 31, 2021. "

Article 40

Amendment of the Psychotherapy Act

The Psychotherapy Act, Federal Law Gazette No. 361/1990, most recently amended by Federal Law Gazette I No. 105/2019 and the Federal Ministries Act 2020, Federal Law Gazette I No. 8/2020, is amended as follows:

After § 22, the following § 22a including the heading is inserted:

"Special provisions in the context of a pandemic

§ 22a. (1) In the context of a pandemic, the Federal Minister of Health, Social Affairs, Nursing and Consumer Protection may suspend the full meetings and committee meetings of the Psychotherapy Advisory Board.

(2) The mandatory hearing provided for in Sections 4, 5, 7, 8, 11, 12, 17 and 19 of the Psychotherapy Act and the assessment of the Psychotherapy Advisory Board provided for in Section 10 will be suspended for the duration of a pandemic. "

Article 41

Amendment to the 1998 Medical Act

The Medical Law 1998, BGBl. I No. 169/1998, last amended by the Federal Law BGBl. I No. 16/2020 is amended as follows:

1. The following paragraph 8 is added to Section 41:

"(8) Epidemic doctors according to § 27 Paragraph 1 Epidemic Act 1950, Federal Law Gazette No. 186/1950, are equivalent to medical officers."

2. Section 242 with the heading reads:

"Final provision on Art. 41 of the Federal Law Gazette I No. 23/2020

§ 242. For the duration of a pandemic, decisions in the organs of the Austrian Medical Association as well as in the organs of the Medical Associations in the federal states can also be made by written vote (circulation decision). "

Article 42

Amendment to the Federal Act on Hospitals and Health Care Centers

The Federal Law on Hospitals and Health Centers, Federal Law Gazette No. 1/1957, last amended by Federal Law Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

(Basic provision) In the first part, the following main part H is inserted after main part G:

"Main piece H

Special provisions for crisis situations

§ 42f. (1) In the event of an epidemic, pandemic, terrorist threat, armed conflict or other crisis situation, the state legislation may provide that, by ordinance of the state government, exceptions to the requirements of the implementation of §§ 2a to 5, 6a to 7b, 8 para. 1, 8a and 8b, 8d, 8f and 8g, 10a, 11a to 11 d, 12, 19a, 21 and 26 are permissible if and as long as this is necessary due to the special situation and the protection of life and health is preserved by people.

(2) State legislation must provide that such regulations apply for a maximum of six months.

(3) This provision expires six months after its entry into force. "

Article 43

Amendment of the Medical Devices Act

The Medical Devices Act, Federal Law Gazette No. 657/1996, most recently amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

In Section 113a (1), the string "III." Is inserted after the string "II.,".

Article 44

Amendment of the Medicinal Products Act

The Medicinal Products Act, Federal Law Gazette No. 185/1983, last amended by Federal Law Gazette I No. 104/2019, is amended as follows:

In Section 94d (1), the string "III." Is inserted after the string "II.,".

Article 45

Amendment of the General Social Insurance Act

The General Social Insurance Act - ASVG, Federal Law Gazette No. 189/1955, last amended by Federal Law Federal Law Gazette I No. 21/2020, is amended as follows:

1. In Section 49 (3), the following Z 30 is inserted after Z 29:

"30th Tax-free allowances and bonus payments according to § 124b line 350 lit. a EStG, BGBl. I No. 23/2020. "

2. In § 175 the following paragraphs 1a and 1b are inserted after paragraph 1:

"(1a) For the duration of measures to prevent the spread of COVID-19 according to the COVID-19 Measures Act, Federal Law Gazette I No. 12/2020, work accidents are also accidents that are related in time and cause to the insurance reasoning employment at the insured person's place of residence (home office).

(1b) The place of residence of the insured person (home office) applies to the scope of this Federal Act as a workplace within the meaning of para. 2 nos. 1, 2, 5 to 8 and 10. "

3. After § 733, the following §§ 734 and 735 are inserted together with the heading:

"Final provisions on Art. 45 of the Federal Law Gazette I No. 23/2020

§ 734.Section 175 (1a) and (1b) in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020 will take effect retrospectively on March 11, 2020 and will expire on December 31, 2020. The regulation is to be applied to insurance claims that occurred after March 11, 2020.

§ 735.(1) The health insurance institution must inform an employee or apprentice (hereinafter: the person concerned) of its assignment to the COVID-19 risk group. This general risk group, which is

derived from medical knowledge and, if possible, from taking medication, is defined by an expert group set up by the Federal Ministry of Social Affairs, Health, Care and Consumer Protection and the Federal Ministry of Labor, Family and Youth. The expert group each includes 3 experts from the Ministry of Social Affairs, Health, Nursing and Consumer Protection, the umbrella organization of social insurance institutions and the Medical Association and an expert from the Federal Ministry of Labor, Family and Youth.

(2) On the basis of this general information from the health insurance institution, the doctor treating the person concerned must assess his individual risk situation and, if necessary, issue a certificate stating that the person concerned has been assigned to the COVID-19 risk group (COVID-19 risk certificate).

(3) If a person concerned presents this COVID 19 risk certificate to his employer, he is entitled to exemption from work and continued payment of the salary, except

1. the person concerned can perform his work in the apartment (home office) or
- 2nd The conditions for the performance of his work in the workplace can be designed by suitable measures so that an infection with COVID-19 is excluded with the greatest possible security; measures for commuting to work must also be included.
- 3rd a dismissal which is given due to the claim of the leave of absence can be challenged in court.

The exemption can last until April 30, 2020 at the latest. If the COVID 19 crisis situation persists beyond April 30, 2020, the Federal Minister of Labor, Family and Youth, in agreement with the Federal Minister for Social Affairs, Health, Care and Consumer Protection, has the period in which an exemption is possible by ordinance to extend, but no later than December 31, 2020.

(4) Paragraph 3 does not apply to those affected who are employed in areas of critical infrastructure.

(5) The employer, with the exception of the federal employer, is entitled to reimbursement of the remuneration paid to the employee or apprentice as well as the employer's share of the social security contribution, unemployment insurance contribution and other contributions by the health insurance provider. The application for replacement must be submitted to the health insurance provider no later than six weeks after the end of the exemption. The federal government must reimburse the health insurance provider for the resulting expenses.

(6) With the implementation of this provision in relation to paragraphs 3 and 4, the Federal Minister of Labor, Family and Youth, insofar as the state is responsible for employees pursuant to Art. 11 B-VG, the state government, each in agreement with the Federal Minister for Social Affairs, Health, Nursing and Consumer Protection, otherwise the Federal Minister for Social Affairs, Health, Nursing and Consumer Protection entrusted to him alone. The health insurance provider is active in the transferred sphere of activity, subject to the instructions of these highest bodies. "

Article 46

Amendment to the Official Health and Accident Insurance Act

The Civil Service Health and Accident Insurance Act - B-KUVG, Federal Law Gazette No. 200/1967, last amended by Federal Law Federal Law Gazette I No. 7/2019 and by the Federal Law Gazette I No. 4/2020, is amended as follows :

1. In § 90, the following paragraphs 1a and 1b are inserted after paragraph 1:

"(1a) For the duration of measures to prevent the spread of COVID-19 according to the COVID-19 Measures Act, Federal Law Gazette I No. 12/2020, work accidents are also accidents that are related in time and cause to the insurance justifying employment relationship or with the function establishing the insurance at the place of residence of the insured person (home office).

(1b) The place of residence of the insured person (home office) applies to the scope of this Federal Act as a place of employment within the meaning of paragraph 2 nos. 1, 2 and 5 to 9. "

2. After § 256, the following §§ 257 and 258 including the heading are added:

" Final provisions on Art. 46 of Federal Law Gazette I No. 23/2020

§ 257. Section 90 (1a) and (1b) in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020 will enter into force retrospectively on March 11, 2020 and will expire on December 31, 2020. The regulation applies to

those insurance claims that occurred after March 11, 2020.

§ 258.(1) The insurance company must inform an employee or apprentice (hereinafter: the person concerned) of his assignment to the COVID-19 risk group. Section 735 (1) of the ASVG BGBl. No. 198/1955, in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020, applies to the definition of this general risk group.

(2) On the basis of this general information from the insurance company, the doctor treating the person concerned must assess his or her individual risk situation and, if necessary, issue a certificate stating that the person concerned has been assigned to the COVID-19 risk group (COVID-19 risk certificate).

(3) If a person concerned presents this COVID 19 risk certificate to his employer, he is entitled to exemption from work and continued payment of the salary, except

1. the person concerned can perform his work in the apartment (home office) or

2nd The conditions for the performance of his work in the workplace can be designed by suitable measures so that an infection with COVID-19 is excluded with the greatest possible security; measures for commuting to work must also be included.

The exemption can last until April 30, 2020 at the latest. If the COVID-19 crisis situation continues beyond April 30, 2020, the Federal Minister of Labor, Family and Youth, in agreement with the Federal Minister for Social Affairs, Health, Care and Consumer Protection, has the period in which an exemption is possible, to extend, but no later than December 31, 2020.

(4) Paragraph 3 does not apply to those affected who are employed in areas of critical infrastructure.

(5) The employer, with the exception of the federal employer, is entitled to reimbursement of the remuneration paid to the employee or apprentice as well as the employer's share of the social security contribution, unemployment insurance contribution and other contributions by the insurance company. The application for replacement must be submitted to the insurance company no later than six weeks after the end of the exemption. The federal government must reimburse the insurance company for the resulting expenses.

(6) With the implementation of this provision in relation to paragraphs 3 and 4, the Federal Minister of Labor, Family and Youth, insofar as the state is responsible for employees pursuant to Art. 11 B-VG, the state government, each in agreement with the Federal Minister for Social Affairs, Health, Nursing and Consumer Protection, otherwise the Federal Minister for Social Affairs, Health, Nursing and Consumer Protection entrusted to him alone. The insurance company is active in the transferred sphere of activity, subject to the instructions of these highest bodies. "

Article 47

Amendment of the General Pension Act

The General Pension Act - APG, Federal Law Gazette I No. 142/2004, as last amended by Federal Law Gazette I No. 38/2017, is amended as follows:

After § 31, the following § 32 including the heading is added:

“Exception to the absence of retirement pension as a result of the coronavirus pandemic

§ 32. At the request of the person receiving the pension or on the basis of a corresponding notification from the employer, Section 9 (1) does not apply to periods in 2020 in which a health care profession that was taken up on or after March 11, 2020 was taken up solely for the purpose of coping with the coronavirus pandemic and is exercised. "

Article 48

Amendment of the Volunteers Act

The Federal Law on the Promotion of Voluntary Commitment (Freiwilligengesetz - FreiwG), Federal Law Gazette I No. 17/2012, last amended by Federal Law Gazette I No. 156/2017, is amended as follows:

1. Section 5 reads:

§ 5. This section regulates civil law aspects of the ordinary and extraordinary voluntary social year and its other framework conditions, insofar as this falls within the legislative and executive powers of the federal government, in particular for the purposes of social insurance and family allowances. "

2. Section 6 reads:

§ 6.(1) The voluntary social year is one of the special forms of voluntary engagement, is in the interest of the common good and cannot be completed as part of an employment relationship. The objectives of the regular voluntary social year are in particular the deepening of school education, getting to know the work at the job site, personal development, expanding and applying knowledge to acquire skills for social occupational fields, professional orientation, strengthening social skills and promoting the voluntary social engagement of the participants.

(2) If, in connection with elementary events, accidents of exceptional magnitude and extraordinary emergencies, an assignment beyond the duration of the ordinary voluntary social year (Section 7 (1)) is required, the existing assignment agreement can be extended or an agreement can be made about an extraordinary voluntary social year will."

3. Section 7 reads:

§ 7.(1) The participants of the ordinary voluntary social year are persons without relevant completed vocational training after the age of 17 - with special aptitude after the age of 16 - who are once a voluntary practical help activity lasting from six to twelve months for one Exercise by a recognized agency (§ 8) in Germany in accordance with § 9 to achieve the goals specified in § 6 (training relationship). The assignment has to be based on learning goals and is carried out under pedagogical supervision and professional guidance, supervision and responsibility of the respective assignment point. The participant may not work more than 34 hours per week.

(2) Participants with a valid assignment agreement can be extended beyond the period specified in Paragraph 1 in the event of natural hazards, accidents of exceptional magnitude and extraordinary emergencies. A corresponding extension of the ordinary voluntary social year is independent of the agreed duration according to Section 12 (1) no. 3 only once, to be agreed separately for a maximum of a further six months.

(3) Participants in an extraordinary voluntary social year can be deployed in the event of natural hazards, accidents of exceptional magnitude and exceptional domestic emergencies, provided that a voluntary service according to sections 2, 3 or 4 has already been completed. You can work once on the basis of an agreement for a maximum of nine months at an assignment location assigned by a recognized institution (§ 8). The participant may not work more than 34 hours per week. Obligations pursuant to Section 8 Paragraph 4 No. 2 do not apply. "

4. § 12 (1) is inserted before the phrase "voluntary social year" the word "ordinary" .

5. In Section 12 (1) the following Z 10 is inserted after Z 9:

"10. Deployment agreements according to § 7 paragraph 2 are to be agreed separately. "

6. The following paragraphs 3 and 4 are added to § 12:

"(3) Section 12 (1) 8 does not apply to employment agreements in accordance with Section 7 (3).

(4) Participation agreements of participants in accordance with § 27, which continue their service in Germany due to elementary events, accidents of exceptional size and extraordinary emergencies, must be changed. "

7. Section 27 Z 1 and Z 2 reads:

"1. the commemoration, peace and social service takes place at deployment sites abroad and abroad;
2nd in the event of elementary events, accidents of exceptional magnitude and extraordinary emergencies, participants who continue their service domestically are to be deployed at deployment sites in accordance with section 9 of the FreiwG or at deployment sites in accordance with section 4 of the ZDG. "

8. The following sentence is added to Section 27a (1):

"In the event of an early return due to elementary events, accidents of exceptional magnitude and extraordinary emergencies and the continuation of the assignment in Germany, donations can also be used for the continuation in Germany."

9. *The following paragraphs are added to § 46:*

"(6) § 5 in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force on the day following the announcement. The phrase "ordinary and extraordinary" in § 5 will expire on December 31, 2020.

(7) § 6 in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force on the day following the announcement. Section 6 (2) and the word "ordinary" in Section 6 (1) will expire on December 31, 2020.

(8) § 7 in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force on the day following the announcement. Section 7 (2) and (3) and the word "ordinary" in Section 7 (1) will expire on December 31, 2020.

(9) Section 12 (1), (3) and (4) in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 come into force on the day following the announcement. Section 12 (3) and (4), the word "ordinary" in paragraph 1 and item 10 will expire on December 31, 2020.

(10) § 27 Z 1 and 2 in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 come into force on the day following the announcement; Section 27 no.2 expires on December 31, 2020.

(11) Section 27a (1) last sentence in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020 comes into force on the day following the announcement; Section 27a (1) last sentence will expire on December 31, 2020. "

Article 49

Amendment to the 1950 Epidemic Act

The Epidemic Act 1950, Federal Law Gazette 186/1950, last amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

1. *After § 3 the following § 3a is inserted together with the heading:*

"Data transmission in the interest of health protection

§ 3a. (1) The district administrative authority is authorized to notify the mayor of the name and the necessary contact details of a person affected by a segregation measure under the 1950 Epidemic Act due to COVID-19 who lives in his or her municipal area, if and insofar as it is necessary to provide this person with necessary health care services or with goods or services of daily needs is absolutely necessary.

(2) Processing this data for other purposes is not permitted.

(3) The mayor must delete the data irreversibly immediately if it is no longer required for the purposes mentioned in paragraph 1.

(4) The mayor has to take appropriate data security measures.

(5) Section 30 (5) of the Data Protection Act, Federal Law Gazette I No. 165/1999, as last amended by Federal Law Gazette I No. 24/2018, is not applicable in the context of this provision. "

2. *Section 6 (2) reads:*

"(2) Ordinances of the district administrative authorities are to be published in electronic form on the website of the authority; they may also be published in other forms without affecting the announcement, in particular by posting on the official board of the authority or on the board of the municipalities in the area concerned. "

3. *In § 13 Paragraph 5, the word sequence "of such corpses" is replaced by the word sequence "of corpses with persons afflicted with notifiable diseases".*

4. *The following paragraph 1a is inserted after section 28a (1):*

"(1a) In addition, the organs of the public security service have to participate in the implementation of this federal law and the ordinances enacted on the basis of this federal law

1. Measures to prevent impending administrative offenses,
- 2nd Measures to initiate and secure administrative criminal proceedings and
- 3rd the punishment of administrative violations by means of an administrative penal order (§ 50 VStG). "

5. *The following paragraph 4a is inserted after § 43 paragraph 4:*

"(4a) Insofar as this federal law provides for the district administrative authority to issue ordinances, ordinances whose scope extends to several political districts or the entire country are to be issued by the governor. Regulations of the district administrative authority which conflict with a regulation of the state governor shall cease to be effective with the legal effect of the regulation of the state governor, unless otherwise stipulated. "

5a. *After § 45, the following new § 46 including the heading is inserted:*

" Military pharmacies

§ 46. The Confederation operates in the enforcement area of the Federal Ministry of Defense in a direct and predominant context with the fulfillment of the tasks of the Federal Army in accordance with Section 2 of the Defense Act 2001 (WG 2001), Federal Law Gazette I No. 146, military pharmacies. The Federal Minister of Defense has to determine the number and the specific locations where military pharmacies are to be set up due to military needs. The provisions of sections 3a, paragraphs 1, 3b, 3c, 3d, 3e, 3f, 5, 45a, 66 and 67 of the Pharmacies Act, RGBI apply to the establishment and operation of military pharmacies. No. 5/1907, last amended by Federal Law BGBl. I No. 16/2020, applicable. In the event of deployment of the Federal Army in accordance with Section 2 (1) lit.

6. *The following paragraphs 7 and 8 are added in accordance with section 50 (6):*

"(7) Section 6 (2) comes into force on February 1, 2020.

(8) Section 3a, Section 13 (5), Section 28a (1a) and Section 43 (4a) and Section 46 in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020 come into force on the day following the announcement. § 3a expires on December 31, 2020. "

Article 50

Amendment of the COVID 19 Measures Act

The Federal Law on Provisional Measures to Prevent the Spread of COVID-19 - COVID-19 Measures Act, Federal Law Gazette I No. 12/2020, as last amended by Federal Law Gazette I No. 16/2020, is amended as follows:

1. *The following sentence is added to § 1:*

"In addition, it can be regulated under which specific conditions or requirements business premises or work locations may be entered."

2. *The following sentence is added to § 2:*

"In addition, it can be regulated under which specific conditions or requirements those certain places may be entered."

3. *The following paragraph 1a is inserted after section 2a paragraph 1:*

"(1a) The organs of the public security service have to participate in the implementation of this federal law and the ordinances enacted on the basis of this federal law

1. Measures to prevent impending administrative offenses,
- 2nd Measures to initiate and secure administrative criminal proceedings and
- 3rd the punishment of administrative violations by means of an administrative penal order (§ 50 VStG). "

4. *Section 2a (2) reads:*

"(2) If, according to the professional assessment of the respective health authority, within the framework of the cooperation provided for in Paragraph 1, the organs of the public security service are linked to a hazard based on the type of communicable disease and its transmission options, which can only be countered by special protective measures, the health authorities are obliged to take adequate protective measures. "

5. The following paragraph 5 is added to § 4:

"(5) Sections 1, 2 and 2a in the version of the Federal Law BGBl. I No. 23/2020 come into force on the day following the announcement."

Article 51

Amendment of the Postal Market Act

The Postal Market Act, Federal Law Gazette I No. 123/2009, as last amended by Federal Law Gazette I No. 78/2018, is amended as follows:

1. In accordance with Section 42 (3), the following Section 4 is added:

"(4) Advice and decision-making in circulation or by means of telecommunications are permitted."

2. According to Section 64 (6), the following Section 7 is added:

"(7) Section 42 (4) in the version of Federal Law BGBl. I No. 23/2020 shall come into force on the day of publication of the aforementioned Federal Law and will expire on December 31, 2020."

Van der Bellen

Short